

Konjunkturausblick 1999:  
Delle im konjunkturellen Aufschwung Deutschlands.  
Wachstum in Ostdeutschland wieder etwas kräftiger

*Axel Brüggemann/Klaus Werner*

Internationale Krisen dämpfen  
Wirtschaftswachstum in Mittel- und Osteuropa

*Brigitte Loose*

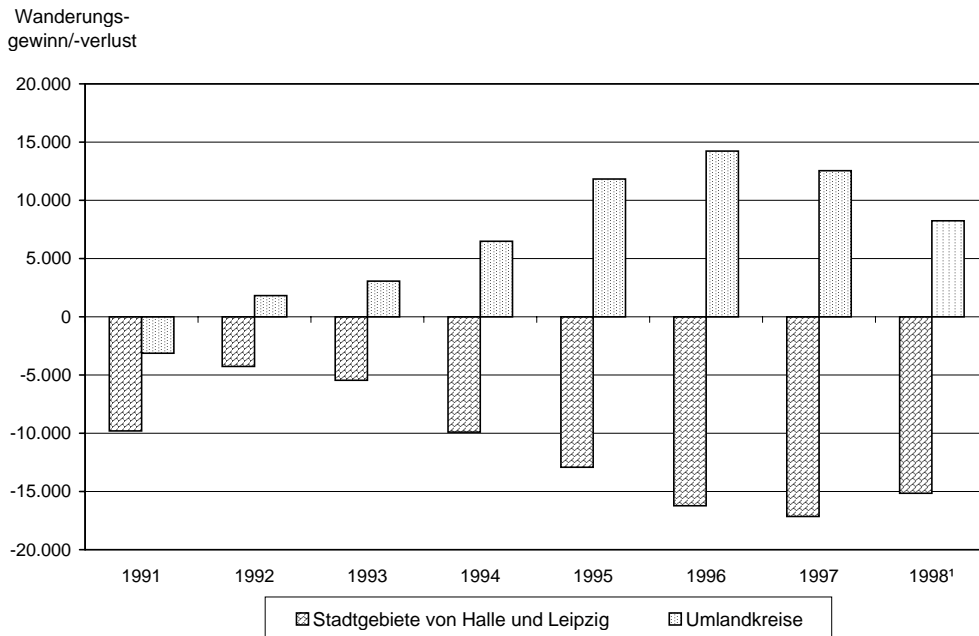
IWH-Bauumfrage im Dezember 1998:  
Abwärtstrend im ostdeutschen Baugewerbe – aber  
1999 schwächer

1/1999

20.01.1999, 5. Jahrgang

## Aktuelle Trends

### Suburbanisierung in Ostdeutschland stabilisiert sich auf hohem Niveau: Das Beispiel Halle-Leipzig



<sup>1</sup> anhand der Entwicklung von 1996 und 1997 geschätzter Wert

Quelle: Berechnungen des IWH.

Die Stadtregion Halle-Leipzig gehört zu denjenigen ostdeutschen Stadtregionen, die durch einen deutlichen Trend der Bevölkerungsverlagerung vom Stadtgebiet ins Umland (Suburbanisierung) gekennzeichnet sind. An der Bevölkerungsmobilität in diesem Raum läßt sich der bisherige Verlauf der Suburbanisierung in den neuen Ländern in typischer Weise ablesen. In der Darstellung sind die Wanderungssalden (Differenz zwischen Zu- und Fortzügen) für die Städte Halle und Leipzig sowie für deren direkt angrenzende Umlandkreise zusammengefaßt.

Noch bis 1991 verloren sowohl die beiden Städte als auch ihre Umlandkreise Einwohner durch Abwanderung (zumeist in die alten Länder). Bereits im darauffolgenden Jahr differenzierte sich diese Entwicklung, da in den Umlandkreisen die Neubautätigkeit aus verschiedenen Gründen schneller einsetzte, und im Jahr 1992 erste Wohngebäude fertiggestellt wurden. Die hierdurch ausgelösten Zuzüge wendeten die Wanderungssalden der Umlandkreise ins Positive. Die negativen Wanderungssalden der Städte schrumpften zwar zunächst bis zum Jahr 1993, wuchsen aber in der Folgezeit wieder an. Darin spiegelt sich der Umstand wider, daß die Stadtbewohner den größten Teil der Zuwanderer ins Umland stellen.

Einen vorläufigen Höhepunkt hat dieser Suburbanisierungstrend im Jahr 1996 erreicht. Im Jahr 1997 gingen die Wanderungsgewinne des Umlands leicht zurück. Die für das 1. Halbjahr 1998 vorliegenden sowie die für das Gesamtjahr geschätzten Zahlen sprechen für eine Fortsetzung dieses leichten Rückgangs. Die städtischen Wanderungsverluste sind dagegen bis 1997 angestiegen und nehmen erst neuerdings ab. Die anhaltende Baulandknappheit in den Städten, die weiterhin hohe Attraktivität des Wohnens im eigenen Heim und die Problembelastung mancher städtischen Großwohnsiedlungen lassen insgesamt eine Verstetigung des Suburbanisierungsprozesses auf dem nunmehr erreichten Niveau erwarten.

*Peter Franz (pfr@iwh.uni-halle.de)*

## Konjunkturausblick 1999: Delle im konjunkturellen Aufschwung Deutschlands. Wachstum in Ostdeutschland wieder etwas kräftiger

Vor dem Hintergrund der jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes zur wirtschaftlichen Entwicklung 1998 bestätigt das IWH seine im Dezember 1998 veröffentlichte Prognose für das Jahr 1999. Die Konjunktur in Deutschland ist trotz der Finanz- und Wirtschaftskrisen in Asien, in Rußland und in Lateinamerika nicht eingebrochen. Aufgrund der günstigen binnenwirtschaftlichen Bedingungen im europäischen Umfeld wurden die Ausfuhrverluste zum Teil wettgemacht. Allerdings hat der Aufschwung in Deutschland vorübergehend an Tempo verloren.

Zu Beginn der dritten Phase der Europäischen Währungsunion sind die konjunkturellen Rahmenbedingungen überwiegend positiv. Das niedrige Zinsniveau wirkt anregend, die zu erwartenden, im Rahmen des Verteilungsspielraums bleibenden Lohnabschlüsse tragen zum ruhigen Preisklima bei, die Finanzpolitik wirkt nicht mehr restriktiv.

Bei zunehmenden binnenwirtschaftlichen Impulsen wird sich die Führungsrolle der Inlandsnachfrage unter den Auftriebskräften 1999 verstärken. Die Ausrüstungsinvestitionen werden bei etwas nachlassender Dynamik weiter zügig ausgedehnt. Im Sog der steigenden Nachfrage nach neuen Ausrüstungen erhält 1999 auch der gewerbliche Bau Impulse, während der Wohnungsbau von den merklich steigenden Realeinkommen profitieren und durch die niedrigen Bauzinsen angeregt wird. Der Konsum belebt sich infolge der Entlastungen der Haushalte bei den direkten Steuern und den Beiträgen zur Rentenversicherung, die zusammen mit der Anhebung des Kindergeldes einen deutlichen Anstieg bei den Nettoeinkommen hervorrufen. Erhöhend wirken zudem die beschäftigungsinduzierten Einkommenszuwächse der privaten Haushalte. Auch die Terms-of-Trade-Gewinne im Außenhandel stimulieren den privaten Verbrauch. Bremsend wirkt demgegenüber die Ökosteuer.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt 1999 um 2,2 vH zunehmen. Zu Beginn des Jahres werden die Impulse von den Außenmärkten noch schwach bleiben und den Anstieg vorübergehend

dämpfen. Das Ende der konjunkturellen Delle dürfte mit der Tendenzwende bei der Ausfuhr im Frühjahr eingeläutet werden. Bei fortgesetztem

Tabelle 1:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1998 und 1999

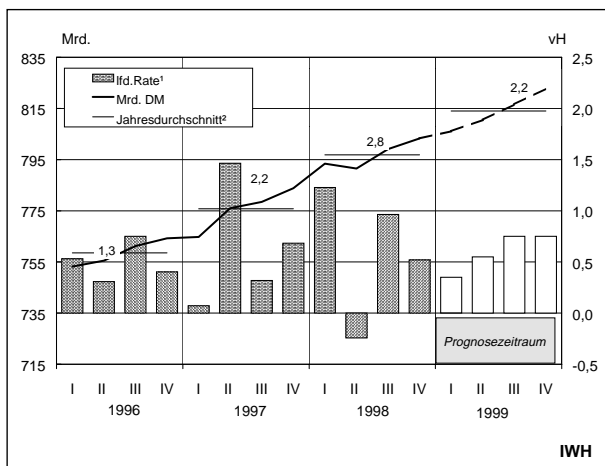
	1997	1998	1999
	<i>reale Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Privater Verbrauch	0,5	1,7	2,3
Staatsverbrauch	-0,7	0,5	1,1
Anlageinvestitionen	0,1	1,0	2,9
Ausrüstungen	3,9	8,6	6,0
Bauten	-2,5	-4,2	0,4
Letzte inländische Verwendung	1,4	2,6	2,1
Ausfuhr	11,1	5,9	3,5
Einfuhr	8,1	5,2	3,3
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,8	2,2
Westdeutschland	2,3	2,9	2,2
Ostdeutschland	1,7	2,1	2,3
	<i>Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Preisindex für die Lebenshaltung	1,8	0,9	1,2
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) <sup>a</sup>	33.962	33.975	34.090
Westdeutschland	27.884	27.922	28.080
Ostdeutschland	6.078	6.053	6.010
Arbeitslose	4.384	4.279	4.013
Westdeutschland	3.021	2.904	2.700
Ostdeutschland	1.363	1.375	1.313
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote <sup>b</sup>	11,4	11,2	10,5
Westdeutschland	9,8	9,4	8,8
Ostdeutschland	18,3	18,5	17,9
	<i>in vH des BIP</i>		
Defizitquote des Staates	2,8	2,2	1,8

<sup>a</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen. – <sup>b</sup> Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Produktionsanstieg verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt 1999 weiter, am ersten Arbeitsmarkt allerdings nur in Westdeutschland.

Abbildung 1:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
- Saison- und arbeitstäglich bereinigt -



<sup>1</sup> Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala. –<sup>2</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH, 1999: Prognose.

In Ostdeutschland wird sich das Wachstum der Produktion 1999 wieder etwas beschleunigen, und es kommt – nach einem deutlichen Gefälle 1998 – zu einem etwa gleich starken Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in Ost und West. Die Talfahrt des Baugewerbes, die bislang das gesamtwirtschaftliche Produktionswachstum stark belastet hat, dürfte sich merklich verlangsamen. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nimmt weiterhin überdurchschnittlich zu, wenngleich nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr. Ein Aufholprozeß gegenüber Westdeutschland kommt noch nicht wieder in Gang. Am ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland werden weniger Arbeitsplätze abgebaut als im Vorjahr. Einem leichten Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor steht ein fortgesetzter Rückgang der Erwerbstätigkeit im Baugewerbe und beim Staat gegenüber. Im Zuge der weiteren Ausdehnung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wird die registrierte Arbeitslosigkeit jedoch erstmals seit 1995 abnehmen.

Der Euro wird gegenüber dem US-Dollar im Verlauf von 1999 leicht aufwerten, wie es bereits die Währungen der EWU-Länder 1998 taten, und damit die Konjunktur leicht dämpfen. Anregend

wirkt demgegenüber das niedrige Zinsniveau. Aus heutiger Sicht besteht kein geldpolitischer Handlungsbedarf. Der Preisniveauanstieg im Euroraum dürfte mit etwa 1,2 vH 1999 ebenso gering ausfallen wie im Vorjahr.

Zu dem entspannten Preisklima in Deutschland und im gesamten Euroraum haben nicht nur die verringerten Einfuhrpreise maßgeblich beigetragen, sondern auch die bisher sehr moderaten Lohnsteigerungen. Eine Lohnentwicklung, die den Verteilungsspielraum auch weiterhin nicht ausschöpft, ist eine Voraussetzung dafür, daß die hohe Arbeitslosigkeit im Euroraum abgebaut und das brachliegende Wachstumspotential mobilisiert wird. In Deutschland sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der Lohnzurückhaltung angesichts merklich steigender Nettoeinkommen günstig.

Während sich die finanzpolitischen Reformvorhaben 1999 für die privaten Haushalte trotz der Einführung der Ökosteuer einkommensteigernd auswirken, ist der Nettoeffekt auf den Unternehmenssektor nicht pauschal zu erfassen; insgesamt deutet sich für die Unternehmen aber eine stärkere Belastung an. Die Unternehmen profitieren einerseits von der Senkung der Lohnnebenkosten und vom verringerten Spitzensteuersatz bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer, andererseits wirkt sich die Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage und hierbei insbesondere die Einschränkung der Verlustanrechnung belastend aus.

### Weltwirtschaftliches Wachstum verlangsamt

Die Weltwirtschaft stand 1998 im Zeichen der Asienkrise, die sich in einer Dämpfung des weltweiten Produktionszuwachses widerspiegelte. Hinzu kamen im Sommer erneut Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, die insbesondere Rußland und Lateinamerika trafen, aber auch auf die westlichen Industrieländer ausstrahlten. Auch wenn hier an den Börsen die Kursverluste inzwischen weitgehend wieder aufgeholt werden konnten, hat die deutlich langsamere Entwicklung des Welthandels insgesamt zu einer Eintrübung des konjunkturellen Umfeldes geführt.

In den USA verliert der Aufschwung an Kraft. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 1999 nur noch um 1,5 vH nach gut 3,5 vH 1998 ausgeweitet werden. In Japan ist 1999 lediglich eine Stabilisierung von

Nachfrage und Produktion zu erwarten. Weder die Konjunkturprogramme noch die Sanierungsanstrengungen im Bankenbereich haben bisher ausgereicht, das Vertrauen des privaten Sektors wiederherzustellen. In den südostasiatischen Krisenländern zeigen sich erste Anzeichen einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Die Exportentwicklung hat wieder an Fahrt gewonnen, und die Wechselkurse haben sich erholt. In Mittel- und Osteuropa ist dagegen mit einer leichten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu rechnen. In den westeuropäischen Ländern, die nicht der Europäischen Währungsunion (EWU) angehören, zeichnet sich ein konjunktureller Abschwung ab, der insbesondere in Großbritannien spürbar ausfällt.

### **Vorübergehende konjunkturelle Abschwächung im Euroraum**

In den Ländern der EWU hat sich der Aufschwung im 4. Quartal 1998 leicht abgeschwächt. Maßgeblich dafür war der geringere Anstieg der Ausfuhren, was vor allem auf den starken Rückgang der Nachfrage aus Südostasien zurückzuführen ist. Gestützt durch eine höhere Kaufkraft der privaten Haushalte, verbesserte Terms of Trade und im Jahresverlauf gesunkene Zinsen trägt jetzt die leicht beschleunigte Binnennachfrage die konjunkturelle Entwicklung.

Tabelle 2:  
Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum

	1997	1998	1999
	<i>Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr</i>		
Bruttoinlandsprodukt	2,6	2,8	2,4
Privater Verbrauch	1,5	2,5	2,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,9	4,0	4,3
Verbraucherpreise	1,6	1,2	1,2
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	11,9	11,1	10,5
Zinssatz Dreimonatsgeld	4,2	3,9	3,3
Langfristiger Zinssatz	5,9	4,7	4,3

<sup>a</sup> Nach dem Eurostat-Konzept.

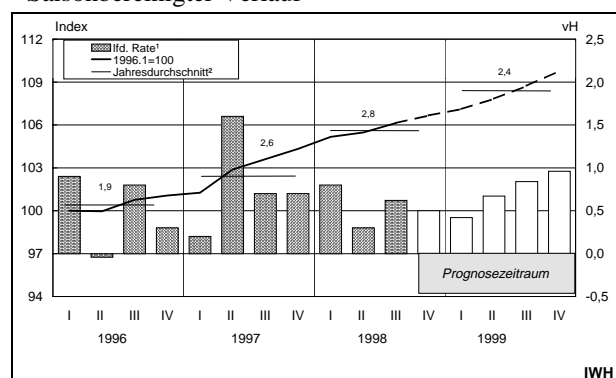
Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH, 1998 und 1999: Schätzung bzw. Prognose.

Die schwächere Dynamik dürfte bis zum Frühjahr 1999 andauern. Im weiteren Verlauf des Jahres werden aber die dämpfenden Faktoren zuneh-

mend an Einfluß verlieren. An den internationalen Finanzmärkten zeichnet sich trotz der noch immer relativ hohen Volatilität eine Beruhigung ab, begünstigt durch die Bereitschaft des Internationalen Währungsfonds, potentiellen lateinamerikanischen Krisenländern beizustehen. Die wirtschaftlich bedeutendsten asiatischen Schwellenländer werden zudem im Verlauf des Jahres die Talsohle durchschreiten. Ausgehend von einem hohen Niveau sind die Zinsen in dieser Region gesunken, und der Einbruch der Industrieproduktion scheint zum Ende gekommen zu sein.

Bei weiterhin lebhafter Binnennachfrage und nachlassenden außenwirtschaftlichen Impulsen dürfte unter diesen Rahmenbedingungen das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum 1999 um 2,4 vH zunehmen. Die Arbeitslosenquote geht insgesamt leicht zurück. Das konjunkturelle Gefälle zwischen den Volkswirtschaften bleibt erheblich. Während Nachfrage und Produktion in Irland, Finnland, den Niederlanden, Portugal und Spanien weiter kräftig expandieren, ist der Aufschwung in Italien noch immer schwach.

Abbildung 2:  
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum  
- Saisonbereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala. -<sup>2</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 1998: Prognose.

### **Exportkonjunktur verliert kräftig an Dynamik**

Die Krisen im weltwirtschaftlichen Umfeld haben auch die Exportaussichten für Deutschland stärker eingetrübt als noch im Sommer 1998 angenommen. Der seit dem späten Frühjahr anhaltende Rückgang der Auslandsorders sowie der wieder gestiegene Außenwert der D-Mark lassen erwarten, daß die Exportentwicklung bis in die ersten

Monate des laufenden Jahres hinein deutlich an Dynamik verlieren wird. Erst im Verlauf von 1999 werden sich die Nachfrageimpulse infolge der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in den Krisenländern und der wieder anziehenden Konjunktur bei den Haupthandelspartnern verstärken. Darüber hinaus dürften sich die Verringerung der Transaktionskosten und der Wegfall des Wechselkursrisikos durch die Einführung des Euro belebend auf die Auslandsgeschäfte deutscher Unternehmen auswirken.

Alles in allem wird für das Jahr 1999 mit einer Erhöhung der Ausfuhr um 3,5 vH gerechnet, nach 5,9 vH im Vorjahr.

Tabelle 3:  
Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen  
- in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
	<i>in Mrd. DM</i>		
Ausfuhr	924,8	979,2	1.013,5
Einfuhr	900,2	947,1	978,4
Außenbeitrag	24,6	32,1	35,1
	<i>Veränderung geg. Vorjahr in vH</i>		
Ausfuhr	11,1	5,9	3,5
Einfuhr	8,1	5,2	3,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die Wareneinfuhr entwickelte sich 1998 ähnlich wie die Warenausfuhr. Eine drastische Ausweitung der Importe vor allem aus südostasiatischen Ländern, wie sie die stark verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter aus dieser Region auf Grund der zum Teil erheblichen Abwertung der Währungen hätte vermuten lassen, ist bislang ausgeblieben.

Insgesamt hat die Einfuhr 1998 in realer Rechnung, auch wegen der stark gesunkenen Importpreise, um 5,2 vH zugenommen. Mit der nachlassenden Dynamik der Ausfuhr dürfte 1999 auch die Nachfrage nach entsprechenden Vorleistungen aus dem Ausland zurückgehen und zu einem geringeren Einfuhranstieg von 3,3 vH als im Vorjahr führen.

#### **Ausrüstungsinvestitionen 1999 weniger expansiv**

Die Konjunktur in Deutschland wurde im Verlauf des Jahres 1998 von einer kräftigen Steige-

rung der Ausrüstungsinvestitionen angetrieben. Nach der zögerlichen Ausweitung in den Vorjahren waren sie nunmehr ähnlich dynamisch wie in früheren konjunkturellen Aufschwungphasen.

Auch für den Prognosezeitraum deuten die konjunkturellen Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit darauf hin, daß die Ausrüstungsinvestitionen in der Grundtendenz zügig expandieren werden. Gleichwohl gibt es Hinweise, die eine weniger starke Ausweitung 1999 gegenüber dem Vorjahr signalisieren. Auf der einen Seite wirken die weitgehend günstigen Rahmenbedingungen für die Unternehmen positiv. Dies gilt sowohl für das Zinsklimate als auch für die Tarifabschlüsse. Die Löhne und Gehälter steigen zwar etwas stärker als im Vorjahr, bleiben jedoch im Rahmen des Verteilungsspielraums und beeinträchtigen die Ertragslage der Unternehmen nicht, zumal die Lohnnebenkosten durch die Senkung des Rentenbeitragsatzes abnehmen. Letztlich wird die Belebung der Binnenwirtschaft die Ertragserwartungen der Unternehmen positiv beeinflussen.

Tabelle 4:  
Unternehmensinvestitionen in Deutschland  
- in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
	<i>in Mrd. DM</i>		
Unternehmensinvestitionen	381,4	397,6	415,1
Davon: Ausrüstungen	261,0	284,1	301,5
Bauten <sup>a</sup>	120,3	113,4	113,7
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>		
Unternehmensinvestitionen	2,1	4,3	4,4
Davon: Ausrüstungen	4,3	8,8	6,1
Bauten <sup>a</sup>	-2,4	-5,7	0,2

<sup>a</sup> Ohne Wohnungsbau.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Auf der anderen Seite ergeben sich Eintrübungen des Investitionsklimas durch Elemente der geplanten Steuerreform (vgl. den Abschnitt zur Finanzpolitik). Negativ auf die Ertragserwartungen wirken vor allem die Nettobelastungen im Unternehmenssektor, die sich aus dem Reformvorhaben ergeben. Zudem hat die Abschwächung der Exportkonjunktur einen dämpfenden Einfluß. Hierauf deuten die seit September 1998 zunehmend pessi-

mistischeren Geschäftsaussichten im Verarbeitenden Gewerbe hin.

Insgesamt wird die weiterhin hohe Rentabilität von Anlageinvestitionen im Prognosezeitraum die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern stimulieren. Zudem wird die Kapazitätsauslastung im Verlauf des Jahres 1999 etwas steigen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahr 1999 um 6,0 vH gegenüber dem Vorjahr zunehmen, nach einem Anstieg von 8,6 vH im Jahr 1998 (siehe Tabelle 1).

### **Bauinvestitionen: Auftriebskräfte im Westen**

Der Rückgang der Bauinvestitionen in Deutschland hat sich 1998 vor allem aufgrund des starken Nachfrageeinbruchs in Ostdeutschland noch einmal verstärkt. Aber auch in den alten Ländern konnte sich die Bautätigkeit infolge bestehender Überkapazitäten an Büroflächen und Mietwohnungen noch nicht erholen.

Für das Jahr 1999 erwartet das IWH in *Westdeutschland* eine Verbesserung der Baukonjunktur. Insbesondere dürfte sich der Wirtschaftsbau angesichts weiter steigender Ausrüstungsinvestitionen und niedriger Zinsen beleben. So signalisiert die Genehmigungsstatistik einen Zuwachs beim Bau von Fabrik- und Werkstattgebäuden, von Hotels und Gaststätten sowie in etwas geringerem Maße von Büro- und Verwaltungsgebäuden. Ausschlaggebend für die Tendenzwende im Wohnungsbau ist vor allem der Einfamilienhausbau und die Modernisierung des Altbestandes bei merklich steigenden Realeinkommen, niedrigen Hypothekenzinsen, äußerst moderatem Baupreisanstieg und zunehmend kostengünstigen Bauweisen.

In *Ostdeutschland* setzt sich dagegen die rückläufige Grundtendenz im Wirtschafts- und Wohnungsbau fort. Im gewerblichen Bereich signalisieren die Leerstände und der Preisverfall bei Immobilien bereits seit längerem, daß der Nachholbedarf – bezogen auf den erreichten Stand der gesamtwirtschaftlichen Produktion – mehr als gesättigt ist. Die Wirtschaft wächst zunächst noch in die bereits vorhandenen neuen baulichen Anlagen hinein, so daß die Investitionstätigkeit in diesem Bereich keine neuen Impulse erhält und weiter abwärtsgerichtet bleibt. Im Wohnungsbau deuten Vermietungsprobleme und der Druck auf die Mieten darauf hin, daß die attraktiven Sonderabschreibungen im Mietwohnungsneubau in den zurückliegenden

Jahren Überkapazitäten begünstigt haben und die Nachfrage hier in den nächsten Jahren weiter nachgeben wird.

Tabelle 5 :

Entwicklung der Bauinvestitionen in Deutschland - Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
Deutschland	- 2,5	- 4,2	0,4
Gewerbliche Bauten	- 2,4	- 5,7	0,2
Wohnbauten	- 0,7	- 3,8	0,3
Öffentliche Bauten	- 9,0	- 2,5	1,1
Alte Bundesländer	- 2,1	- 2,7	1,4
Gewerbliche Bauten	- 1,1	- 3,3	1,8
Wohnbauten	- 0,9	- 2,1	1,3
Öffentliche Bauten	- 9,0	- 3,8	1,2
Neue Bundesländer	- 3,5	- 8,3	- 2,4
Gewerbliche Bauten	- 4,9	- 10,8	- 3,5
Wohnbauten	- 0,1	- 9,5	- 3,0
Öffentliche Bauten	- 9,0	0,1	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Alles in allem schlägt die Tendenzwende in Westdeutschland auf die gesamtdeutschen Bauinvestitionen durch, der Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum dürfte jedoch noch schwach sein.

### **Höhere Nettoeinkommen stimulieren privaten Verbrauch**

Die Käufe der privaten Haushalte waren 1998 mit einem realen Zuwachs von 1,7 vH infolge des Anstiegs der Arbeitseinkommen wieder merklich aufwärtsgerichtet, nachdem sie 1997 nur mit 0,5 vH expandierten. Die stärkere Dynamik der Masseneinkommen wird dem privaten Verbrauch im Jahr 1999 weiter Schwung verleihen. Ein Grund dafür ist die erstmalige Zunahme der Beschäftigung seit der Vereinigung. In Verbindung mit den erwarteten etwas höheren tariflichen Lohnabschlüssen für 1999 von knapp 3 vH dürfte die Bruttolohn- und -gehaltsumme gegenüber 1998 merklich ansteigen. Noch kräftiger fällt infolge der Steuerreform die Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltsumme aus. Bereits zu Beginn des Jahres 1999 wurden die privaten Haushalte mit der ersten Stufe der Steuerreform durch die Senkung des Eingangsteuersatzes,

die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Erhöhung des Kindergeldes (das mit der Lohnsteuer verrechnet wird) entlastet. Darüber hinaus wird zum 1. April 1999 der Beitragssatz in der Rentenversicherung von 20,3 vH auf 19,5 vH gesenkt.

Auch die öffentlichen Einkommenstransfers gewinnen an Dynamik. Die empfangenen laufenden Übertragungen der privaten Haushalte dürften durch die Rücknahme von Einschnitten bei den Sozialtransfers sowie durch die 1999 erst voll zur Wirkung kommenden deutlich aufgestockten Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ansteigen. Hinzu kommt der Anstieg der Rentenzahlungen durch die Rücknahme der noch von der christlich-liberalen Regierungskoalition beschlossenen verlangsamten Anhebung der Renten, der Herabsetzung der Invalidenrenten und der Anhebung der Altersgrenze für den Renteneintritt von Schwerbehinderten.

Somit dürften im Jahr 1999 die Masseneinkommen, die sowohl die Nettolohn- und -gehaltsumme als auch die empfangenen laufenden Einkommensübertragungen der privaten Haushalte umfassen, erstmals seit vielen Jahren wieder stärker ansteigen als die Einkommen aus Vermögen (Zins- und Mieteinkünfte) sowie die entnommenen Gewinne der Selbständigen. Zusammengenommen führt all dies zu einem beachtlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,8 vH im Jahr 1999.

Tabelle 6:  
Verfügbare Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte<sup>a</sup> in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

	1997	1998	1999
Verfügbare Einkommen, nominal	1,8	2,6	3,8
darunter			
Nettolohn- und -gehaltsumme	-1,7	1,5	4,3
Empfangene lfd. Übertragungen	1,5	2,4	2,8
Entnahmen	6,1	4,3	3,5
Ersparnis	-2,3	2,4	4,5
Privater Verbrauch, nominal	2,4	2,7	3,7
Sparquote (in vH)	11,0	11,0	11,1
Preisindex des privaten Verbrauchs	1,9	0,9	1,3
Privater Verbrauch, real	0,5	1,7	2,3

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Nach Stagnation im Jahr 1998 wird mit einer leichten Erhöhung der Sparquote für 1999 gerechnet. Die privaten Haushalte werden die Einkommensverbesserung auch nutzen, um ihre Ersparnisse wieder aufzubauen; zumal sich der private Konsum in den zurückliegenden Jahren infolge der schwachen Zunahme der realen verfügbaren Einkommen stets zu Lasten der Ersparnis entwickelt hatte.

So wird der private Verbrauch im Jahr 1999 nur geringfügig schwächer als die verfügbaren Einkommen steigen. Bei weiterhin niedrigem Verbraucherpreisanstieg dürfte er um 2,3 vH expandieren.

### *Preisniveauanstieg gedämpft*

Vor dem Hintergrund rückläufiger Einfuhrpreise, einem geringen Lohnzuwachs und einer im langjährigen Durchschnitt liegenden Kapazitätsauslastung fiel der Anstieg der Verbraucherpreise im vergangenen Jahr mit jahresdurchschnittlich 0,9 vH äußerst gering aus. Trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer im April 1998 kam es im Jahresverlauf zu einer deutlichen Abschwächung des Preisauftriebs auf zuletzt 0,5 vH im Vorjahresvergleich (Dezember). Die Raten für West- und Ostdeutschland haben sich weitgehend angeglichen.

Auch für 1999 ist mit einem niedrigen Anstieg des Preisniveaus in Deutschland zu rechnen. Zwar werden die Einfuhrpreise nicht mehr sinken, sondern im Jahresverlauf leicht ansteigen, aber als Resultat des stärkeren Rückgangs der Einfuhrpreise im zweiten Halbjahr 1998 besteht ein nennenswerter Unterhang, der dämpfend auf die Raten im Vorjahresvergleich wirken wird. Anders als im Vorjahr wird der Lohnzuwachs 1999 nicht geringer sein als der Produktivitätsanstieg, so daß die Lohnstückkosten leicht um 0,8 vH zunehmen werden. Die geplante Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung um 0,4 Prozentpunkte verringert dabei die Lohnkostenentwicklung. Demgegenüber bewirkt die Erhebung der Ökosteuer einen Preisniveauschub. Da ihre Einführung in dem Monat erfolgt, in dem 1998 die Mehrwertsteuer erhöht wurde, und die Größenordnung beider Effekte vergleichbar ist, wird dieser Preisanstieg lediglich im Vormonatsvergleich, nicht jedoch in dem üblichen Vergleich mit dem Vorjahresmonat sichtbar werden.



Alles in allem ist für 1999 mit einem Anstieg der Lebenshaltungspreise um 1,2 vH in Ost und West auszugehen.

**Produktionszuwachs vorübergehend gebremst**

Der konjunkturelle Aufschwung hat seit dem Herbst 1998 vor allem infolge der nachlassenden Exportdynamik an Kraft verloren. Im vierten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt nur noch mit einer Jahresrate von 2 vH angestiegen. Der Wechsel der Auftriebskräfte zur Inlandsnachfrage hat sich damit beschleunigt. Gegenüber dem Vorjahr weitete sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 1998 mit 2,8 vH aus.

Die Schwächephase wird im gesamten Verlauf des Winterhalbjahres anhalten. Darauf deuten auch die seit einigen Monaten tendenziell rückläufigen Auftragseingänge und Geschäftserwartungen hin. Trotz der kräftigen Entwicklung des privaten Verbrauchs und der Investitionstätigkeit wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 1999 mit 2,2 vH langsamer zunehmen als im Vorjahr. Sobald die Ausfuhr nach der Stabilisierung in den Krisenregionen wieder anzieht, ist mit einer erneuten Verstärkung des Produktionszuwachses zu rechnen.

Tabelle 7:  
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
Produzierendes Gewerbe	2,6	3,9	1,6
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	4,2	6,2	2,1
Baugewerbe	-2,6	-4,6	0,4
Handel und Verkehr	2,5	3,4	2,6
Dienstleistungsunternehmen	4,0	4,4	4,5
Staat u.a. <sup>a</sup>	-0,3	-0,1	0,4
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,8	2,2

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

**Gespaltene Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort**

Seit Beginn des Sommerhalbjahres 1998 hat sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt spürbar verbessert. Im Jahresverlauf stieg die Zahl

der Erwerbstätigen in Deutschland saisonbereinigt um etwa 120.000 Personen, und die registrierte Arbeitslosigkeit nahm um etwa 320.000 Personen ab.<sup>1</sup>

Die Besserung am Arbeitsmarkt ist jedoch in West- und in Ostdeutschland verschiedenen Ursachen geschuldet. In Westdeutschland nahm seit Beginn des Jahres 1998 die Zahl der Erwerbstätigen im Zuge des kräftigeren Produktionszuwachses saisonbereinigt um mehr als 100.000 Personen zu. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Verlauf des Jahres um 150.000 Personen ab. In Ostdeutschland hingegen ist die Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit um 170.000 Personen im Verlauf des Jahres 1998 ausschließlich auf die starke Ausdehnung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückzuführen.

Die Arbeitsmarktlage wird sich 1999 in Deutschland weiter verbessern. In Westdeutschland dürfte die Zahl der Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt um 150.000 zunehmen. Der Zuwachs der Beschäftigung wird insbesondere von den Dienstleistungsunternehmen, aber auch vom Bereich Handel und Verkehr ausgehen. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte gegenüber dem Vorjahr um etwa 200.000 Personen abnehmen; die Arbeitslosenquote wird dann im Jahresdurchschnitt auf etwa 8,8 vH sinken. In Ostdeutschland dürfte sich 1999 die Entwicklungstendenz des Vorjahres fortsetzen: Trotz rückläufiger Erwerbstätigkeit wird sich die registrierte Arbeitslosigkeit im Zuge einer weiteren Ausdehnung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückbilden.

<sup>1</sup> Der – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportionale Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit ist zum einen dem rückläufigen Arbeitsangebot geschuldet. Dies resultiert insbesondere aus der demographischen Entwicklung und – vor allem in Ostdeutschland – aus der rückläufigen Erwerbsbeteiligung (vgl. Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1997 und 1998, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1998/1, S. 5-57). Zum anderen dürften sich auch gesetzliche Neuregelungen niederschlagen, wonach Erwerbslose vorübergehend nicht mehr als registrierte Arbeitslose gezählt werden, wenn sie ihrer Meldepflicht nicht nachkommen. Auch wurden die Zumutbarkeitskriterien zur Annahme eines angebotenen Arbeitsplatzes verschärft. Zudem wurde die Zahl der Wochenarbeitsstunden gesenkt, die geringfügig Beschäftigte arbeiten dürfen, ohne ihren Status als Arbeitslose zu verlieren.

## Ausblick für Ostdeutschland 1999

### Produktionswachstum wieder etwas kräftiger

Die ostdeutsche Wirtschaft war im zurückliegenden Jahr von extrem divergierenden Entwicklungen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche geprägt. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich bereits das zweite Jahr in Folge mit zweistelligen Zuwachsraten. Vor allem der Auslandsumsatz – bisher ein Schwachpunkt der unternehmerischen Aktivitäten in den neuen Bundesländern – legte kräftig zu; die Exportquote näherte sich im Herbst der Zwanzig-Prozent-Marke. Die in Ostdeutschland gefertigte neue Produktpalette findet zudem zunehmend in den alten Bundesländern Kundschaft. Nicht zuletzt trägt dazu die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei. Die Produktivität steigt kräftig, und die Schere zwischen Kosten und Erträgen schließt sich allmählich.

Die Talfahrt des Baugewerbes setzt sich fort. Zum bereits seit längerem anhaltenden Rückgang des Wirtschaftsbaus kam 1998 ein regelrechter Produktionseinbruch im Mietwohnungsneubau, so daß die Wertschöpfung im Baugewerbe mit einer fast zweistelligen Rate schrumpfte. Die Stabilisierung im öffentlichen Bau nach den starken Sparzwängen im Referenzjahr für die Erfüllung der Kriterien des Maastricht-Vertrages konnte den Abwärtstrend der Bauproduktion nicht aufhalten. So wurde 1998 zum Jahr mit dem bisher stärksten Rückgang der Baukonjunktur in Ostdeutschland.

Tabelle 8:  
Sektorale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
Produzierendes Gewerbe	3,7	3,2	3,0
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	10,9	12,4	6,5
Baugewerbe	-3,5	-8,7	-2,5
Handel und Verkehr	1,1	1,0	2,7
Dienstleistungsunternehmen	2,9	4,7	4,6
Staat u.a. <sup>a</sup>	-1,8	-1,1	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,1	2,3

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Der Dienstleistungssektor gelangte in eine neue Anpassungsphase. Nach dem Wegfall der Impulse aus der Erfüllung des dringenden Nachholbedarfs vor allem bei konsumnahen Dienstleistungen, aber auch infolge der Übertragung des Nachfrageeinbruchs im Baubereich auf die baunahen Dienstleistungen sieht sich der Sektor mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Im Sog des industriellen Aufschwungs wachsen jetzt die Märkte für andere unternehmensbezogene Dienstleistungen. Das zieht erneut Strukturanpassungen nach sich und ist mitverantwortlich für keine weitere Beschleunigung des Wachstums in diesem Sektor.

Im Jahre 1999 wird das Verarbeitende Gewerbe seine Führungsrolle im Wachstumsprozeß in Ostdeutschland behalten, auch wenn die von den Krisenregionen im Ausland kommende Eintrübung nicht spurlos an der industriellen Produktion vorübergehen wird. Zwar sind die direkten Verkäufe auf diesen Märkten gering, und nur Rußland hat mit einem Exportanteil von sieben Prozent einige Bedeutung. Die ostdeutschen Hersteller spüren aber über die Zulieferungen an die von den Krisen stärker betroffenen westdeutschen Exporteure deutlich die nachlassende Auslandsnachfrage. Rückschläge von der weiterhin fallenden Bauproduktion werden sich in Grenzen halten, da es der Industrie in Ostdeutschland wohl gelungen ist, ihre Präsenz in Märkten auszuweiten, die ihre Impulse von baufernen Entwicklungen erhalten. Lag die Bauabhängigkeit der Industrieproduktion 1994 noch bei knapp einem Viertel, so verringerte sie sich in den darauffolgenden Jahren auf nunmehr weniger als ein Fünftel.<sup>2</sup> Auch im Bereich industrieller Vorleistungsgüter, dessen Bindung an die Baukonjunktur naturgemäß überdurchschnittlich stark ist, setzte sich ein solcher Lockerungsprozeß durch, allerdings auf einem höheren Abhängigkeitsniveau: von fast 40 Prozent der Produktion auf ein Drittel. Die Verwundbarkeit des industriellen Wachstums in Ostdeutschland durch den Bauabschwung bleibt hoch, wird aber geringer.

Die retardierenden Einflüsse der Baurezession werden 1999 nachlassen. Der Höhepunkt bei der Korrektur der Übersteigerungen im Baubereich

<sup>2</sup> Vgl. LUDWIG, U.; LOOSE, B.: Bauabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft lockert sich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/1998, S. 3-9.

scheint überstanden zu sein, auch wenn die Tal-fahrt des Baugewerbes noch nicht beendet ist. Die „Auffanglinie“ für die Stabilisierung der Baunachfrage ist allerdings bereitet: Angesichts des immer noch großen Nachholbedarfs bei der Altbausanierung und im Eigenheimbau sowie bei der Ausstattung der Länder und Kommunen mit öffentlicher Infrastruktur ist ein Absturz in das Bodenlose auszuschließen. Chancen für den gewerblichen Bau eröffnet künftig am ehesten das kräftige Wachstum der Industrie.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland 1999 bei wieder schwächer werdenden Entwicklungsunterschieden zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe etwas schneller als im vorangegangenen Jahr steigen. Auch wenn damit das Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts im früheren Bundesgebiet leicht übertroffen wird, bleibt der Vorsprung viel zu gering, um auf einen Aufholpfad zurückzukehren. Die Produktionsausweitung im Verarbeitenden Gewerbe wird wesentlich über Produktivitätsfortschritte erreicht; die Beschäftigungsimpulse bleiben gering. Bei Dienstleistern hellen sich die Beschäftigungsmöglichkeiten wieder etwas auf. Dagegen reduziert das Baugewerbe weiter den Personalbestand, wie im übrigen auch der Staatssektor.

#### *Arbeitsmarktlage bleibt prekär*

Im Zuge des insgesamt verhaltenen Produktionsanstiegs war in Ostdeutschland auch 1998 die Erwerbstätigkeit rückläufig. Per saldo gingen etwa 100.000 Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahr verloren. Dennoch verringerte sich im Verlauf des Jahres 1998 die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland um 170.000 Personen. Dies ist auf die deutliche Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückzuführen.

Besonders stark wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen ausgedehnt, in denen im vierten Quartal 1998 fast 250.000 Personen mehr gefördert wurden als im ersten Quartal. Die Zahl der durch diese Maßnahmen in Beschäftigung gebrachten Personen hat nunmehr ein Niveau erreicht, wie es in der Vergangenheit nur im ersten Halbjahr 1992 der Fall

war. Werden die in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen geförderten Personen, die überwiegend arbeitslos wären, wenn es dieses arbeitsmarktpolitische Instrument nicht gäbe, der Zahl der registrierten Arbeitslosen hinzugerechnet, so stagniert die saisonbereinigte Zahl seit Ende 1997. Letztendlich verdeckt die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl, daß im Jahresverlauf saisonbereinigt per saldo etwa 170.000 Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland abgebaut wurden.

Insgesamt dürfte sich die Zahl der Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt 1999 um etwa 85.000 Personen verringern. Im Zuge einer weiteren Ausdehnung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen um jahresdurchschnittlich etwa 40.000 Personen gegenüber dem Vorjahr wird die registrierte Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland erstmals seit 1995 abnehmen.

Tabelle 9:  
Eckdaten des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland  
- Jahresdurchschnitt in 1.000 Personen -

	1997	1998	1999
Erwerbstätige (Inland)	6.078	6.053	6.010
darunter:			
ABM-Beschäftigte <sup>a</sup>	235	314	355
Berufliche			
Vollzeitweiterbildung	177	150	160
Vorruehändler <sup>b</sup>	138	96	95
Arbeitslose	1.363	1.375	1.313
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	18,3	18,5	17,9

<sup>a</sup> Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>b</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>c</sup> Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

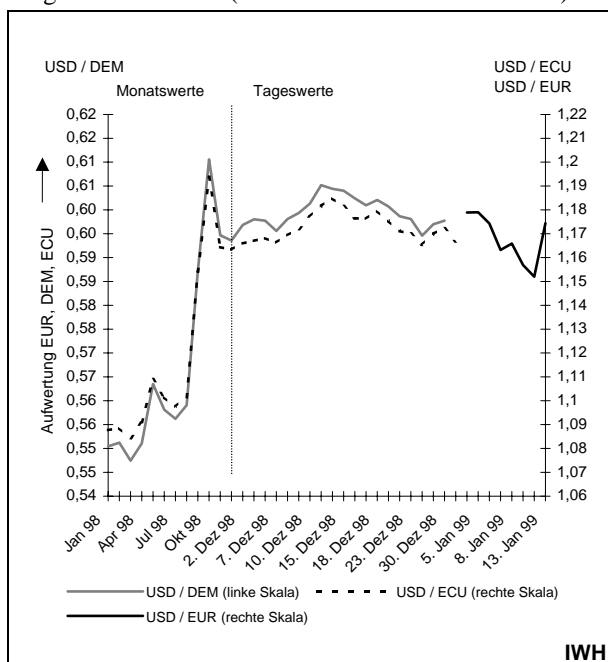
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente verschleiert das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung. Eine Lösung für die angespannte Arbeitsmarktsituation stellen beschäftigungspolitische Programme nicht dar. Sie mildern lediglich kurzfristig die Probleme und verschieben deren Klärung in die Zukunft.

## Euro wertet leicht auf – kein zinspolitischer Handlungsbedarf

Es zeugt von dem Vertrauensvorschuß, den die Europäische Zentralbank genießt, daß die Einführung des Euro zu Beginn des neuen Jahres wenig spektakulär verlief. Fortan existiert die D-Mark als Währung nicht mehr. Die DM-Noten und -Münzen sind integraler Bestandteil des Euro, auch wenn sie weitere drei Jahre im Umlauf bleiben werden.

Abbildung 3:  
Wechselkurse des Euro bzw. der ECU und der D-Mark zum US-Dollar Jan. 1998 bis 6. Jan. 1999 - Monatsdurchschnitte (Januar bis November 1998), Tagesdurchschnitte (1. Dez. 1998 bis 13. Jan. 1999) -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank.

Die seit Ende 1997 bestehende Aufwertungs-tendenz der Währungen der EWU-Länder setzte sich bis Ende 1998 fort. Dem dämpfenden kon-junkturrellen Einfluß der Aufwertung stehen mit anregender Wirkung die niedrigen Zinsen im kurz- und langfristigen Bereich gegenüber. Während der vergangenen zwölf Monate sind die kurzfristigen

Zinsen im Euroraum um 0,9 Prozentpunkte und die langfristigen Zinsen um reichlich einen Prozent-punkt auf nunmehr 3,2 % (Dreimonatsgeld) bzw. knapp 4 % (öffentliche Anleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit) gefallen. Insgesamt befindet sich die Geldpolitik auf einem neutralen Kurs. Dies drückt sich auch in der Entwicklung des Geldmengenag-gregats M3 aus, das in den vergangenen drei Mo-naten um durchschnittlich 4,7 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat angestiegen ist.

Hiermit in Einklang deuten auch die realwirt-schaftlichen Indikatoren der künftigen Preisent-wicklung im Euroraum auf einen weiterhin niedri-gen Anstieg der Verbraucherpreise hin. Die Ver-braucherpreise dürften wie bereits 1998 auch in diesem Jahr um nur 1,2 vH zunehmen. Dabei kommt es zwischen den Ländern zu einer leichten Verschiebung. Während Italien und Spanien, die den Durchschnitt bisher nach oben zogen, nun in-flationsdämpfend wirken, wird es in Frankreich und Deutschland zu einem leichten Anstieg der mit zuletzt 0,2 vH bzw. 0,6 vH am unteren EWU-Rand liegenden Inflationsentwicklung kommen (Harmo-nisierter Verbraucherpreisindex, November 1998).

Für 1999 zeichnet sich derzeit kein geldpoliti-scher Handlungsbedarf ab.

### Lohnpolitik: Kurs halten

Die seit nunmehr drei Jahren praktizierte Lohn-zurückhaltung in Deutschland hat maßgeblich dazu beigetragen, daß sich die Preisniveausteigerungs-rate trotz erheblicher Erhöhungen der administrier-ten Preise, der Sozialversicherungsbeiträge und der Mehrwertsteuer von 1,8 vH 1995 auf 0,9 vH 1998 verringert hat. Die geldpolitisch angestrebte und in das vergangene Jahr hineinreichende Phase der Dis-inflation dürfte angesichts des entspannten Preiskli-mas nunmehr zu Ende sein. Durch die Europäische Währungsunion hat sich das Verhältnis von Lohn-politik in Deutschland und der für Deutschland maßgeblichen Geldpolitik verändert. Eine über den

Tabelle 10: Der Euro – Umrechnungskurse der nationalen Währungen<sup>a</sup>

	DEM	FRF	ITL	ESP	NLG	BEF/LUF	ATS	FIM	PTE	IEP
1 Euro (€)	1,95583	6,55957	1936,27	166,386	2,20371	40,3399	13,7603	5,94573	200,482	0,787564
1 DEM	1,00	3,35386	990,002	85,0722	1,12674	20,6255	7,03552	3,04001	102,505	0,402676

<sup>a</sup> DEM: D-Mark; FRF: Französischer Franc; ITL: Italienische Lira; ESP: Spanische Peseta; NLG: Holländischer Gulden; BEF/LUF: Belgischer und Luxemburgischer Franc; ATS: Österreichischer Schilling; FIM: Finnmark; PTE: Portugiesischer Escudo; IEP: Irisches Pfund.

Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank.

Verteilungsspielraum hinausgehende Lohnentwicklung fordert nun nur dann eine geldpolitische Restriktion heraus, wenn sie den durchschnittlichen Anstieg des Preisniveaus im Euroraum in die Nähe der von der EZB gesetzten Obergrenze von 2 vH drückt. Analog kann die Europäische Zentralbank nur dann mit einer geldpolitischen Lockerung auf eine ausgeprägte Lohnzurückhaltung reagieren, wenn eine dadurch bewirkte Verringerung des Preisauftriebs den EWU-Durchschnitt nennenswert verringert. Während der Zusammenhang zwischen nationaler Lohnpolitik und der Geldpolitik somit weniger eng geworden ist – bei einem Gewicht Deutschlands von reichlich 30 vH an der durchschnittlichen Preisniveaumentwicklung im Euroraum aber weiterhin besteht –, hat sich der Zusammenhang zwischen der Lohnentwicklung (relativ zur Produktivitätsentwicklung) und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verstärkt.

Bei einer Fortsetzung der Lohnzurückhaltung, die sich im günstigsten Fall auf den gesamten Euroraum erstreckt, könnte angesichts einer mit derzeit durchschnittlich knapp 11 vH noch hohen Arbeitslosenquote ein erhebliches Wachstumspotential erschlossen werden, das zur Zeit brachliegt.

Insbesondere in Ostdeutschland gilt es, noch bestehende Kosten- und Wettbewerbsnachteile zu verringern. Die Ursachen für diese Nachteile sind vielfältig und liegen in den verschiedensten Bereichen. Aber, ob es neben der Lohnkostenbelastung die Kosten für Wasser, Strom und Abwasserentsorgung oder Mängel in der Infrastruktur und des Marketings sind: kurzfristig ist nur die Lohnentwicklung in der Lage, diese Nachteile auszugleichen und die Absatzchancen ostdeutscher Unternehmen zu erhöhen.<sup>3</sup> Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene liegt die Produktivität in Ostdeutschland bei knapp 60 vH des westdeutschen Niveaus, die Bruttoeinkommen in Ostdeutschland erreichen demgegenüber bereits 75 vH. Aus diesen hochaggregierten Zahlen folgt allerdings nicht, daß eine

allgemeine Lohnpause zu fordern wäre: Zwischen den Branchen in Ostdeutschland und auch innerhalb der Branchen ist das Produktivitätsgefälle zu hoch, als daß pauschalisierte Lösungsansätze praktikabel wären. Nach neuesten Berechnungen lagen die Lohnstückkosten 1998 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe nur um durchschnittlich rund 4 vH über dem westdeutschen Niveau; in einzelnen Branchen, wie der papiererzeugenden und papierverarbeitenden Industrie liegen sie sogar darunter. Im deutschen Vergleich besteht eine überhöhte Lohnkostenbelastung der ostdeutschen Wirtschaft in erster Linie im Bereich Dienstleistungen, Verkehr und Handel.

Eine stärkere Orientierung an den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten kann ebenso beschäftigungssichernd wirken, wie eine erhöhte Flexibilität der Arbeitszeit.

Weder in Ost- noch in Westdeutschland ist eine *Lohnpause* zu fordern, wohl aber eine weiter andauernde *Lohnzurückhaltung*, verstanden als ein Nichtausschöpfen des Verteilungsspielraums, der sich aus dem erwarteten Produktivitätszuwachs und der mittelfristig angestrebten Inflationsrate der Zentralbank ergibt. Dieser Verteilungsspielraum kann durch den Staat insbesondere durch eine Verringerung der Lohnnebenkosten und einen geringen Anstieg im Bereich (teil-)administrierter Preise erhöht werden. Die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der Lohnzurückhaltung in beiden Teilen Deutschlands sind günstig: Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen ist real betrachtet deutlich aufwärtsgerichtet. Hier kommen nicht nur der Produktivitätsanstieg zum Ausdruck, sondern auch die steuerlichen Entlastungen sowie die sinkenden Beiträge zur Rentenversicherung in diesem Jahr und die Terms-of-Trade-Gewinne durch den Rückgang der Rohstoffpreise, die Aufwertung der Währungen der EWU-Länder 1998 sowie die Aufwertungstendenz des Euro. Die zu erwartende Preisniveausteigerungsrate für 1999 ist mit rund 1 vH niedrig, und das Risiko eines deutlich stärkeren Preisauftriebs ist minimal. Verhandlungsergebnisse der Tarifrunden zwischen 2 vH und 3 vH würden angesichts der günstigen Rahmenbedingungen Realeinkommenszuwächse bedeuten und zugleich die Spielräume für mehr Beschäftigung und Wachstum erhöhen.

---

<sup>3</sup> Die Option einer Ausweitung der öffentlichen Mittel zur Subventionierung beispielsweise der Versorgungsunternehmen wird hier als nicht realistisch angesehen, da deren Finanzierung mit einer weiteren steuerlichen Belastung der Wirtschaftseinheiten einhergehen müßte, die angesichts des bereits hohen Niveaus ihrerseits die Angebotsbedingungen in Ost und West beeinträchtigen würde.

### ***Finanzpolitik: Schritt in die richtige Richtung***

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sollte ein Hauptanliegen der Finanzpolitik darin bestehen, die Angebotsbedingungen der Wirtschaft zu verbessern. Das bestehende Einkommen- und Körperschaftsteuersystem setzt falsche Anreize. Zum einen ist die Grenzsteuerbelastung zu hoch. Dies dämpft sowohl die Leistungsanreize als auch die Anreize zur Bildung von Humankapital. Zum anderen bietet die bisherige Bemessungsgrundlage zu viele Steuerschlupflöcher. Steuervermeidungsaktivitäten lohnen sich. Eine Ausweitung der Bemessungsgrundlage schränkt diese Aktivitäten ein und bietet zudem finanziellen Spielraum, um die Steuersätze zu reduzieren und gleichzeitig den haushaltspolitischen Konsolidierungskurs beizubehalten.

Die Reformpläne der Regierung knüpfen an diese Aspekte an. Eine Reduktion des Einkommenssteuersatzes und der Spitzensteuersätze ist vorgesehen. Die Senkung ist aber zu gering, um die negativen Anreizwirkungen deutlich zu verringern.

Die Ausweitung der Bemessungsgrundlage bleibt unausgewogen. Einzelne Maßnahmen gehen zu weit. Die Regelungen bei der Verlustanrechnung beispielsweise werden dazu führen, daß realisierte Verluste nur noch bis zu zwei Millionen D-Mark steuerlich abgesetzt werden können. Da entstandene Gewinne demgegenüber steuerlich voll erfaßt werden, kommt es zu einer asymmetrischen Behandlung von Gewinnen und Verlusten. Dies widerspricht der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Die eingeschränkte Verlustbeteiligung des Staates erhöht das Risiko, das der Unternehmer seinen Entscheidungen zugrunde legt. Die Mindestrendite, die der Unternehmer fordert, damit sich eine Investition in Deutschland lohnt, wird steigen.

Ein zweiter grundlegender Reformschritt ist die Einführung der Ökosteuer. Prinzipiell sollte eine Ökosteuer den Energieverbrauch beeinflussen und die Umweltbelastung reduzieren. Da das fiskalische Aufkommen aus der Steuer genutzt werden soll, um die Lohnnebenkosten zu senken, verspricht man sich neben der Entlastung der Umwelt auch eine Entlastung des Faktors Arbeit. Diese Argumentation gilt aber nur mittelfristig. Wenn die Ökosteuer so ausgestaltet ist, daß sie den Energieverbrauch reduziert, wird das Steueraufkommen

im Zeitverlauf sinken, so daß langfristig eine alternative Finanzierung der Entlastung bei den Lohnnebenkosten erforderlich ist.

Da die Ökosteuer nicht an der Umweltbelastung einzelner Energieträger, sondern allein am Verbrauch von Energie anknüpft, wird eine umweltpolitisch ebenfalls gewünschte Substitution alternativer Energieträger nicht angeregt. Der mit der Ökosteuer verbundene Kostenanstieg soll nach den Vorstellungen der Regierung für das Verarbeitende Gewerbe begrenzt werden. Generell wird ein reduzierter Steuersatz eingeführt. Gehört ein Unternehmen einer energieintensiven Branche an, so wird es von der Steuer freigestellt. Dienstleister und private Haushalte zahlen den vollen Steuersatz. Dadurch wird die Kosten- und Preisstruktur verzerrt.

Während sich die finanzpolitischen Reformvorhaben 1999 für die privaten Haushalte trotz der Einführung der Ökosteuer per saldo entlastend auswirken, ist der Nettoeffekt auf den Unternehmenssektor nicht pauschal zu erfassen. Einerseits profitieren die Unternehmen von der Senkung der Lohnnebenkosten und vom verringerten Spitzensteuersatz bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, andererseits wirkt sich die Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage und hierbei insbesondere die Einschränkung der Verlustanrechnung belastend aus. Die Belastung durch die Ökosteuer ist branchenabhängig. Insgesamt deutet sich für die Unternehmen eine stärkere Belastung infolge der Reformvorhaben an.

*Arbeitskreis Konjunktur  
(Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden,  
Ruth Grunert, Ingrid Haschke, Brigitte Loose,  
Christian Schumacher, Michael Seifert,  
Silke Tober und Udo Ludwig)*

## Internationale Krisen dämpfen Wirtschaftswachstum in Mittel- und Osteuropa

*Die Finanz- und Wirtschaftskrisen in Südostasien und Rußland haben die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Wachstum in den Transformationsökonomien Mittel- und Osteuropas unsicherer werden lassen. Bis jetzt erwiesen sich die Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas allerdings als schon relativ robust gegenüber den Ansteckungseffekten; es wird 1999 lediglich zu einer Verlangsamung, nicht aber zu einer Unterbrechung des Wirtschaftswachstums kommen. Die Einflüsse der asiatischen Krise werden sich dabei im Vergleich zu denen der Rußlandkrise als stärker erweisen. Die größten Belastungen gehen von Drittmarkteffekten, also von den sich für Exporteure aus Mittel- und Osteuropa verschlechternden Absatzbedingungen auf den westeuropäischen Märkten aus. Die Einbußen aus dem reduzierten Direkthandel mit den Krisenregionen sind dagegen eher unerheblich, und auch die Einbrüche auf den Kapitalmärkten werden wahrscheinlich überwiegend vorübergehender Natur sein. Die Wirtschaftspolitik der Reformländer hat im großen und ganzen angemessen reagiert. Angesichts der möglichen Fortdauer und Verschärfung der Krisen müssen bestehende Ungleichgewichte allerdings schneller und entschiedener als bisher korrigiert werden. Das gilt vor allem für die Flexibilisierung der Wechselkurspolitik und die zu beschleunigende Sanierung des Bankensektors.*

### **Asien- und Rußlandkrise als Menetekel für die anderen Transformationsökonomien?**

Die Wirtschaftskrise in Südostasien ist auch mehr als ein Jahr nach ihrem Ausbruch noch nicht überwunden. Zwar setzte in einigen Ländern der Region eine gewisse Stabilisierung ein, dennoch hielt der Produktionsrückgang bis zuletzt an. Auch in Lateinamerika blieben die Krisenerscheinungen virulent. Verbreitete Kapitalflucht und hohe Zinsen verstärkten die Zweifel der Anleger an der Fortsetzung des Wirtschaftswachstums.<sup>4</sup> Dies alles führte zu einer deutlich verringerten Expansion des Welt-

handels und zu erheblichen Verunsicherungen bei den internationalen Kapitalanlegern mit entsprechenden Folgen für die außenwirtschaftliche Situation der Reformländer in Mittel- und Osteuropa. Eine besondere Zuspitzung trat im August 1998 durch den offenen Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise in Rußland ein. Zunächst konnte ihr Übergreifen auf andere Reformländer nicht ausgeschlossen werden, ist doch zu vermuten, daß die Volkswirtschaften nicht nur aufgrund ihrer räumlichen Nähe, sondern vor allem als Folge ererbter Strukturen stark miteinander verflochten sind.<sup>5</sup>

In Rußland führte die Krise bereits jetzt zu erheblichen realwirtschaftlichen Einbußen. Nachdem 1997 der wirtschaftliche Niedergang zum Stillstand gekommen zu sein schien, setzte im 2. Quartal 1998 ein erneuter Produktionsrückgang ein, der sich ab Juli zunehmend beschleunigte.<sup>6</sup>

Bereits die wenigen Monate seit dem offenen Ausbruch der Krise haben jedoch gezeigt, daß in den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern ein vergleichbar düsteres Krisenszenario nicht zu erwarten ist. Ihre Volkswirtschaften erwiesen sich als relativ robust gegenüber den Ansteckungs- und Übertragungseffekten, zumal die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern angemessen reagierte. Selbst in der Ukraine und in Weißrußland<sup>7</sup>, deren Volkswirtschaften noch auf vielfältige Weise eng mit Rußland verknüpft sind, hat es zwar deutliche Anspannungen gegeben, ein ähnlicher Produktionseinbruch wie in Rußland ist jedoch nicht eingetreten. Dennoch stellen die weltwirtschaftlichen Turbulenzen und insbesondere die russische Krise die übrigen Transformationsökonomien vor erhebliche Herausforderungen. Die dabei auftretenden Probleme können vielfältiger Natur sein: Zu nennen sind direkte Ansteckungseffekte über den Handel und die Kapitalmärkte. Aber auch langfri-

<sup>4</sup> Vgl. DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1998, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Sonderausgabe 2/1998, S. 3 und S. 8 f.

<sup>5</sup> Ausführlich dazu vgl. GABRISCH, H.; LINNE, T.: Rußland-Krise: Ursachen, Folgen und Wege zu ihrer Überwindung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/1998, S. 3-12.

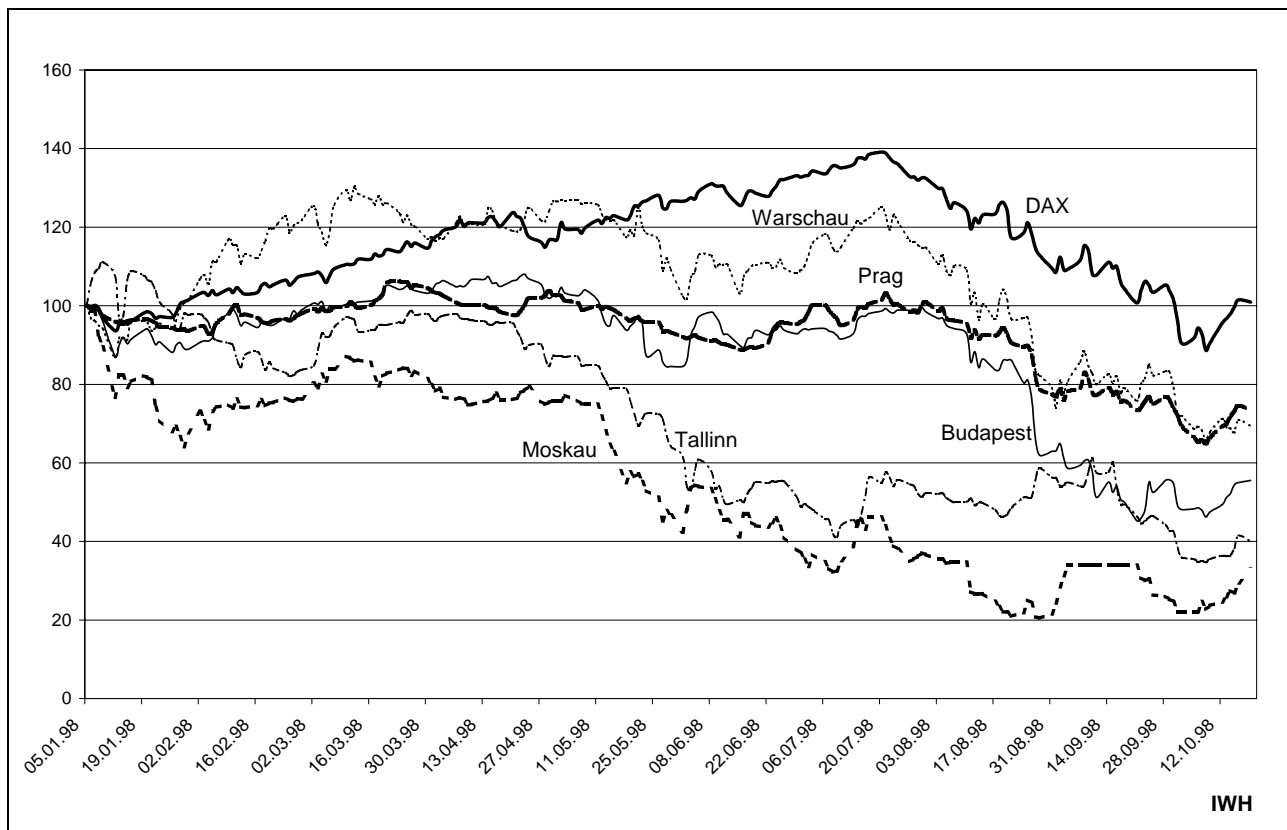
<sup>6</sup> Vgl. DIW; IfW; IWH: Die wirtschaftliche Lage Rußlands – Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik. Dreizehnter Bericht, in: IWH-Forschungsreihe 10/1998. Halle 1998.

<sup>7</sup> Vgl. DIW; IfW; IWH: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus – Weitere Restauration der Planwirtschaft. Dreizehnter Bericht, in: IWH-Forschungsreihe 8/1998. Halle 1998.

Abbildung 1:

Entwicklung der Börsenkurse in ausgewählten\* mittel- und osteuropäischen Ländern und in Deutschland, Januar bis Oktober 1998

- Januar 1998 = 100 -



\*Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde hier nur die Entwicklung einiger Aktienkursindizes abgebildet.

Quellen: McGraw-Hill/Data Resources International.

stige Veränderungen in den Handelsstrukturen mit einer entsprechenden Verschlechterung der Terms of Trade sind denkbar. Es ist auch zu befürchten, daß stärkere protektionistische Maßnahmen ergriffen werden. Schließlich können sich die Möglichkeiten des Internationalen Währungsfonds, den Transformationsländern finanzielle Unterstützung zu erweisen, wegen seines bereits hohen Engagements in den Krisenregionen verringern. Die Auswirkungen auf den Handel und die Kapitalmärkte sollen im folgenden für die mitteleuropäischen und baltischen Länder untersucht werden.

#### **Auswirkungen auf die Kapitalmärkte**

Unmittelbare Folgen der Rußlandkrise zeigten sich zuerst auf den Kapitalmärkten der mittel- und osteuropäischen Länder. Zu beobachten waren vor allem deutliche Absetzbewegungen aus den dortigen Aktienmärkten und ein sich verstärkender Druck auf die Wechselkurse.

Seit geraumer Zeit lassen sich in bezug auf die Entwicklung der Aktienmärkte zwei Ländergruppen unterscheiden: Während die Aktienmärkte in den baltischen Ländern eher den Bewegungen des Moskauer Aktienmarktes folgten, reagierten die mitteleuropäischen Aktienmärkte stärker auf die Entwicklung des deutschen Aktienindex (DAX).

Nach der Rubelabwertung im August 1998 kam es allerdings auch in den mitteleuropäischen Ländern innerhalb von kurzer Zeit zu kräftigen Kursverlusten. Diese waren in Budapest und Warschau am deutlichsten. Durch den Abzug von reichlich 1,9 Mrd. DM durch internationale Anleger<sup>8</sup> fiel der ungarische Index – gemessen am Jahresanfangsniveau – bis Ende September auf 45 vH, notierte allerdings in der zweiten Oktoberhälfte wieder bei knapp 60 vH des Ausgangswertes. Der polnische

<sup>8</sup> Vgl. JEFFERSON, R.: Forint Devaluation Pace to Slow in 1999. Central Europe-Online, 2. November 1998.



und der tschechische Index fielen zeitweise um 35 vH und wiesen gegen Ende Oktober 70 vH bzw. 75 vH ihres Jahresanfangswertes auf. Einen ähnlicher Verlauf läßt sich für den slowenischen Aktienindex feststellen. Eine tiefgreifende und anhaltende Ansteckung der mitteleuropäischen Kapitalmärkte kann also bisher nicht konstatiert werden.

An den baltischen Börsen sind allerdings noch keine deutlichen Erholungstendenzen sichtbar. Bis zuletzt setzten sich die Abwärtsbewegungen fort. Der estnische Index stand Ende Oktober bei 35 vH, der lettische bei 20 vH und der litauische Aktienindex bei 45 vH des Jahresanfangswertes.

Alles in allem scheinen drei Ursachen für diese Bewegungen auf den Kapitalmärkten verantwortlich zu sein.<sup>9</sup> Zum einen haben viele Anleger, die sowohl in den mitteleuropäischen Reformstaaten als auch in Rußland engagiert waren, massiv Aktien in anderen Reformländern verkauft, um Verluste aus ihren Rußlandgeschäften auszugleichen. Die vermutete Nähe vieler mitteleuropäischer Unternehmen und Banken zum russischen Markt ließ zudem bei den Investoren Ängste vor Übertragungseffekten entstehen. Schließlich wurde eine generelle Absetzbewegung aus diesen Märkten auch dadurch begünstigt, daß die mitteleuropäischen Länder von den Investoren in derselben Risikoklasse wie Rußland geführt werden. Während die beiden ersten Effekte eher kurzfristiger Natur und inzwischen weitgehend abgeklungen sind, kann der Rückzug internationaler Investoren zu längerfristigen Beeinträchtigungen für die Reformländer führen.

### ***Währungen unter Druck***

Wenig überraschend war, daß die meisten Währungen der mitteleuropäischen Länder kurz nach Ausbruch der Rußlandkrise unter Druck gerieten. Überwiegend waren die nominalen Abwertungen jedoch von kurzer Dauer und/oder geringfügig. So wertete die grundsätzlich floatende tschechische Krone in den letzten zwei Augustwochen zunächst um knapp 2 vH gegenüber der DM ab, in der Folgezeit wertete sie um ca. 4 vH wieder auf. Gleichzeitig erhöhten sich bis Ende September die Devi-

senreserven der tschechischen Nationalbank von 20 Mrd. auf ca. 22 Mrd. DM. Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich beim polnischen Złoty. Er wertete zwar bis Ende September um bis zu 10 vH gegenüber der DM ab, rangierte Anfang November aber wieder mit 7 vH über seiner offiziellen Parität, bewegte sich also während der gesamten Zeit innerhalb des Interventionsbandes der Nationalbank von +/- 12,5 vH. Obwohl im August über 1,1 Mrd. DM an Portfolioinvestitionen aus Polen abflossen, veränderten sich die offiziell ausgewiesenen Reserven kaum, was darauf schließen läßt, daß Wechselkursinterventionen der Zentralbank nicht erfolgt sind. Der geringe Druck auf beide Währungen zeigte sich auch in den Geldmarktzinsen und der Geldpolitik. Sowohl die Interbankenzinsen als auch die Leitzinsen der Zentralbank sind seit Ausbruch der Rußlandkrise deutlich rückläufig.

Der ungarische Forint kam dagegen spürbar unter Druck, was auch mit den wieder anwachsenden Handelsbilanzdefiziten zusammenhing. Nur aufgrund von Interventionen der Zentralbank blieb er innerhalb der im Vergleich zu anderen Währungen engen Bandbreite gegenüber seinem Währungskorb. Im Gegensatz zu der polnischen und tschechischen Zentralbank sah sich die ungarische Zentralbank Mitte September deshalb zu einer restriktiveren Geldpolitik genötigt. Sie erhöhte den Wertpapierpensionssatz um einen Prozentpunkt auf 21,5 %. Kurzfristig stiegen auch die Marktzinsen. Die Differenz zwischen den Zinsen für 3-Monatsgeld in Ungarn und dem LIBOR erhöhte sich von Ende August bis Anfang Oktober sukzessive um mehr als vier Prozentpunkte. Obwohl bis Ende Oktober diese Differenz wieder um zwei Prozentpunkte sank, blieb ein deutlich höherer Risikoaufschlag als zu Beginn der Krise erhalten. Auch die estnische Krone, die im Rahmen eines Currency Board fest an die DM gebunden ist, geriet unter Druck. Hier stiegen die Zinsen für 3-Monatsgeld von 11 % im August auf 17,5 % Ende Oktober.

Deutlich wird somit, daß die externen Krisen dort die stärksten Zinserhöhungen bewirkten, wo die Flexibilität des Wechselkurses nicht ausreichend war. In diesen Ländern – Ungarn und Estland – sind daher die stärksten realwirtschaftlichen Effekte der Turbulenzen auf den Kapital- und Devisenmärkten zu erwarten.

<sup>9</sup> Vgl. FISHER, S.: Reforming World Finance: Lessons from the Crisis. The Economist, 3. Oktober 1998.

Tabelle 1:  
Handelsverflechtungen der mittel- und osteuropäischen Länder mit Rußland

	Anteil Rußlands in vH an den						Handelsbilanzsalden <sup>a</sup>	
	Ausfuhren			Einfuhren			in Mio. US-Dollar <sup>b</sup>	
	1994	1997	1. Hj. 1998	1994	1997	1. Hj. 1998	1997	1. Hj. 1998
Polen	5,4	8,4	7,9	6,8	6,3	5,6	-880	-380
Tschechien	3,9	3,4	3,1	8,4	6,8	6,0	-1.071	-438
Ungarn	7,5	5,1	4,3	12,0	9,2	7,1	-1.058	-389
Rumänien	3,4	3,0	1,4	13,8	12,0	10,2	-1.106	-471
Slowakei	4,2	3,7	2,5	18,0	15,6	11,2	-1.226	-560
Slowenien	3,9	5,2 <sup>c</sup>	4,8 <sup>c</sup>	2,0	3,0 <sup>c</sup>	3,2 <sup>c</sup>	149	86
Bulgarien	13,5	8,0	6,6	26,4	28,1	21,3	-983	-355
Litauen	20,4 <sup>d</sup>	24,5	21,4	29,1 <sup>d</sup>	25,2	21,6	-470	-226
Lettland	28,1	21,0	15,9	23,6	15,6	11,9	-75	-34
Estland	23,0	18,8	15,3	16,6	14,4	11,8	-91	-42
Ukraine	39,6	26,2	24,5	59,1	45,8	59,1	-4.115	-2.164
Weißrußland	46,1	65,5	69,6	61,1	53,8	53,9	107	98

<sup>a</sup> Was die Handelsbilanzsalden betrifft, so wurden vom Staatlichen Zollkomitee Rußlands für das Jahr 1997 abweichende Daten berichtet. Ihre Grundtendenz stimmt jedoch mit den Angaben in der Tabelle mit Ausnahme der baltischen Länder überein. Für sie werden dort höhere Passivsalden angegeben, was vermutlich auf die Einbeziehung von Reexporten in die Zollstatistik zurückzuführen ist. Vgl. Gosudarstvennyj Tamožennyj Komitet Rossii, in: Vnešnjaja Torgovlja, Heft 7-9/1998, Moskau 1998, S. 61. – <sup>b</sup> Berechnet mit dem periodendurchschnittlichen Wechselkurs zum US-Dollar. – <sup>c</sup> Mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. – <sup>d</sup> 1995.

Quellen: Nationale Statistiken; Zwischenstaatliches Statistisches Komitee der GUS (Mežgosudarstvennyj statističeskij komitet SNG); Berechnungen des IWH.

### **Mittelfristige Auswirkungen auf den Außenhandel**

Die mittelfristigen Auswirkungen von Wirtschaftskrisen in einzelnen Regionen auf andere Länder werden zu einem wesentlichen Teil über den Außenhandel vermittelt.<sup>10</sup> Das Ausmaß wird davon bestimmt, wie intensiv die Handelsbeziehungen zum Krisenland sind. Dabei sind die Folgen für den bilateralen Handel von den sogenannten Drittmarkteffekten zu unterscheiden, also von den Wirkungen auf den Absatz auch in den nicht unmittelbar von der Krise betroffenen Märkten. Der direkte Handel wird vor allem dadurch beeinträchtigt, daß sich gewöhnlich die Importnachfrage im Krisenland – nicht zuletzt im Ergebnis einer realen Abwertung der betreffenden Währung – verringert; retardierende Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum in den Partnerländern sind nicht auszuschließen. Möglich ist zudem, daß im Krisenland neue tarifäre und nichttarifäre Handelshindernisse errichtet werden.

Für die meisten mittel- und osteuropäischen Länder gilt, daß der direkte Handel mit den südostasiatischen Krisenländern relativ unbedeutend ist. 1997 lagen die Anteile dieser Region an den Gesamtexporten unter einem Prozent (Ausnahme Rumänien: 1,8 vH), während die Importanteile zwischen 0,1 und 2,2 vH schwankten. Selbst eine erhebliche Reduzierung der Exporte, würde das Wachstum der mittel- und osteuropäischen Länder kaum beeinträchtigen. Deutlich höher liegen die Anteile Rußlands an den Gesamtexporten und -importen der Reformländer, obwohl sie sich während der letzten Jahre insgesamt reduziert haben.

Bezüglich des Außenhandels mit Rußland sind drei Ländergruppen deutlich voneinander zu unterscheiden: Die *mitteleuropäischen Länder*, bei denen der Anteil Rußlands am Export zwischen 1,4 vH und 6,6 vH (der Export nach Rußland entspricht etwa 1 vH des BIP) und beim Import zwischen 3 vH und 12 vH liegt; die *baltischen Länder*, die etwa 12 vH bis 22 vH ihres Umsatzes mit Rußland tätigen (der Export nach Rußland entspricht etwa 3,5 vH des BIP) sowie die *europäischen GUS-Länder*, die ein Viertel bis zwei Drittel ihres Handels mit Rußland abwickeln. Entsprechend diffe-

<sup>10</sup> Vgl. OBSTFELD, M.; ROGOFF, K.: Foundations of International Macroeconomics. MIT Press. Cambridge, MA 1996, S. 694 ff.

renziert sind die Auswirkungen einer Nachfrageabschwächung in Rußland zu beurteilen. Unterstellt man eine Verringerung der Exporte nach Rußland um ein Drittel, so dürfte die daraus resultierende Wachstumsabschwächung unter Berücksichtigung der Wertschöpfung der gefährdeten Produktion für die mitteleuropäischen Länder maximal drei Zehntel Prozentpunkte und für die baltischen Länder etwa einen halben Prozentpunkt ausmachen.<sup>11</sup> Für die Ukraine und insbesondere für Weißrußland sind die Gefahren aus dem Verlust russischer Absatzmärkte ungleich größer, lassen sich aber wegen der Besonderheiten im gegenseitigen Handel, z.B. aufgrund des hohen Gewichts des Barterhandels, nicht genau beziffern.

Von einem möglichen Rückgang der Exporte sind die Branchen allerdings unterschiedlich betroffen. Die Güterstruktur der Ausfuhren der mitteleuropäischen Reformländer nach Rußland wird durch vier Erzeugnisgruppen<sup>12</sup> bestimmt: Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Nahrungsgüterwirtschaft machen 26 vH des Exports aus, 23 vH bestehen aus chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen und Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Elektrotechnik/Elektronik, der Feinmechanik/Optik entsprechen 19,5 vH der Gesamtausfuhren, während Transportmaschinen nur mit 7,5 vH an den Exporten nach Rußland beteiligt sind. Bei den baltischen Ländern ist das Exportsortiment differenzierter, es dominieren aber auch hier die genannten Gütergruppen. Nach den vorliegenden Informationen dürfte die russische Nachfrage nach Lebensmittelimporten am gravierendsten reduziert worden sein. Von den Auswirkungen wären dann in erster Linie Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien betroffen, deren Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in den vergangenen Jahren von der realen Aufwertung des Rubel gegenüber ihren Landeswährungen profitiert hatten. Ähnliches gilt für industrielle Verbrauchsgüter, vor allem für Textilien und Möbel, dazu für Pharmazeu-

tika, bei denen ungarische Exporteure auf dem russischen Markt besonders engagiert sind. Für die baltischen Länder sind dagegen eher Einbußen auf dem Gebiet des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der traditionell relativ stark auf den russischen Markt ausgerichtet ist, zu erwarten. Das gilt auch für Tschechien, wo bereits Rückgänge beim Export von Brauereiausrüstungen und Baumaschinen eingetreten sind.<sup>13</sup>

Zu den möglichen Verlusten auf der Exportseite kommt hinzu, daß russischen Exporteuren Wettbewerbsvorteile aus der Rubelabwertung erwachsen. Im Durchschnitt betrug die reale Abwertung gegenüber den mitteleuropäischen und baltischen Währungen während des letzten Jahres bis Ende September etwa 40 vH, überwiegend seit August 1998. Allerdings ist trotz dieser starken Paritätsänderung die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für russische Exporteure in den Reformländern als relativ gering einzuschätzen: Ihre Angebotspalette ist schmal, und die Qualität der Erzeugnisse ist überwiegend nicht ausreichend. Eine Ausnahme könnten metallurgische Erzeugnisse bilden. Die russischen Exporte nach Mitteleuropa bestehen nämlich nahezu ausschließlich aus Rohstoffen und rohstoffnahen Erzeugnissen: Erdöl/Erdgas machen 75 vH, andere mineralische Rohstoffe und chemische Grunderzeugnisse 11 vH aus. Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Elektrotechnik/Elektronik sind dagegen mit lediglich 8,5 vH an den Ausfuhren beteiligt. Auch gegenüber den baltischen Ländern bilden Erdöl/Erdgas etwa die Hälfte der russischen Exporte. Angesichts dieser einseitigen Importstruktur und des Preisverfalls für Roh- und Brennstoffe haben sich sogar die Terms of Trade im Rußlandhandel für die anderen mittel- und osteuropäischen Länder verbessert, wodurch ein Teil ihrer Exportverluste kompensiert wurde. Die russischen Aktivsalden im Handel blieben allerdings erhalten.

### ***Drittmarkteffekte beeinträchtigen Exportwachstum***

Neben den direkten Effekten sind auch die Folgen zu berücksichtigen, die von der generellen Verringerung des Welthandelsvolumens und der verschärften Konkurrenz durch Anbieter aus den

<sup>11</sup> Der umfangreiche Grenzhandel zwischen Polen und Rußland, der für 1997 auf 1,2 Mrd. US-Dollar geschätzt wurde, könnte durch die Rubelabwertung besonders betroffen sein. In diesem Fall dürfte der Wert für Polen bei einem halben Prozentpunkt liegen.

<sup>12</sup> Die nachfolgenden Zahlen wurden nach der russischen Statistik berechnet: Gosudarstvennyj Tamožennyj Komitet Rossijskoj Federazii, Tamožennaja statistika vnešnjaja trgovli Rossijskoj Federacii 1997. Moskau 1998, S. 491 ff.

<sup>13</sup> BUNDESSTELLE FÜR AUSSENHANDELSINFORMATION, bfai-Info Osteuropa 22/98. Köln 1998, S. 4 f.

Tabelle 2:

Reale Aufwertung der mittel- und osteuropäischen Währungen gegenüber den Währungen der Krisenländer Südostasiens zwischen Juni 1997 und August 1998<sup>a</sup>  
- in vH -

	Korea (Won)	Thailand (Baht)	Indonesien (Rupiah)	Malaysia (Ringgit)	Philippinen (Peso)	Alle Währungen
Polen (Zloty)	39,8	50	170,4	61,4	49,9	70,5
Tschechien (Krone)	58	69,5	205,5	82,4	69,4	92,6
Ungarn (Forint)	30,3	39,8	152	50,4	39,7	58,9
Rumänien (Leu)	72,8	85,4	234,1	99,5	85,2	110,7
Slowakei (Krone)	38,1	48,2	167	59,4	48,1	68,4
Slowenien (Tolar)	39,6	49,8	170	61,2	49,7	70,2
Bulgarien (Lewa)	50,5	61,5	191	73,8	61,4	83,5
Litauen (Litas)	45	55,6	180,3	67,4	55,4	76,8
Lettland (Lat)	36,9	46,9	164,7	58,1	46,8	66,9
Estland (Krone)	45,8	56,5	182	68,3	56,3	77,8
MOE-Währungen insgesamt	45,2	55,8	180,8	67,6	55,7	77,1

<sup>a</sup> Der Gesamtumfang der realen Aufwertung der mitteleuropäischen und baltischen Währungen gegenüber den südostasiatischen Währungen wurde durch Gewichtung mit dem Bruttoinlandsprodukt der Reformländer von 1997 ermittelt. Die durchschnittliche Aufwertung gegenüber allen in Betracht gezogenen südostasiatischen Währungen wurde dagegen durch Gewichtung mit den Exportanteilen der südostasiatischen Länder auf dem westeuropäischen Markt berechnet.

Quellen: Angaben der nationalen Statistischen Ämter und der Zentralbanken; Berechnungen des IWH.

Krisenregionen herrühren. Relevant für die mittel- und osteuropäischen Länder sind als Konkurrenten die südostasiatischen Schwellenländer (Thailand, Südkorea, Malaysia, Indonesien und die Philippinen). Russische Konkurrenten spielen dagegen auf Drittmärkten bis auf wenige Ausnahmen nur eine untergeordnete Rolle. Der entscheidende Drittmarkt für die mitteleuropäischen und baltischen Länder ist die Europäische Union, die im ersten Halbjahr 1998 zwischen knapp 50 vH (Bulgarien) und mehr als 70 vH (Ungarn) ihrer Ausfuhren aufnahm. Bei den baltischen Ländern waren es zwischen 34 vH (Litauen) und 53 vH (Lettland), während die Ukraine und Weißrußland weniger als 20 vH ihrer Gesamtexporte in Westeuropa absetzten.

In diesem Zusammenhang üben zwei Faktoren auf die Exportentwicklung der Reformstaaten Einfluß aus. Erstens wird es im Ergebnis der Krisen in Südostasien und Rußland zu einer – wenn auch nur vorübergehenden – Wachstumsabschwächung in Westeuropa kommen. Im Jahresdurchschnitt wird das Wachstum des BIP in Westeuropa von 2,8 vH (1998) auf 2,3 vH (1999) zurückgehen.<sup>14</sup> Dies wird

die westeuropäische Nachfrage nach Gütern aus Mittel- und Osteuropa dämpfen. Zweitens – und das dürfte der wichtigere Faktor sein – verschlechterte sich die wettbewerbliche Position der mittel- und osteuropäischen Exporteure in der Europäischen Union gegenüber ihren südostasiatischen und russischen Konkurrenten, zu deren Lasten sie in den Jahren zuvor Marktanteile gewonnen hatten.<sup>15</sup> Für die nun erfolgte Verschlechterung der Wettbewerbsposition ist ausschlaggebend, daß die Währungen der südostasiatischen Krisenländer – wie später auch der russische Rubel – gegenüber den wichtigsten Welthandelswährungen real stark abgewertet haben, wohingegen die mittel- und osteuropäischen Währungen im allgemeinen gegenüber dem US-Dollar aufwerteten.

Über-Kreuz-Vergleiche der Paritätsveränderungen zum US-Dollar geben über das Ausmaß der realen Aufwertung der mittel- und osteuropäischen gegenüber den südostasiatischen Währungen Aufschluß.

Im angegebenen Zeitraum haben also die Währungen der zehn aufgeführten Transformationslän-

<sup>14</sup> Für den Euroraum rechnet das IWH 1999 mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 2,4 vH. Vgl. dazu den Konjunkturausblick in diesem Heft S. 5.

<sup>15</sup> Vgl. WERNER, K.: Wettbewerbsfortschritte der CEFTA-Länder im Handel mit der Europäischen Union, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/1995, S. 6-11.

Tabelle 3:

Strukturvergleich der Industrieexporte in die EU zwischen Mittel- und Osteuropa (MOE-10), Südostasien (SOA-5) und Rußland (RU) für das Jahr 1996

Warengruppen	Anteile der Warengruppen am Export in die EU in vH			Anteile der Regionen am Extra- EU-Import in vH		
	MOE-10	SOA-5	RU	MOE-10	SOA-5	RU
Mineral. Brennstoffe	5,7	0,9	55,1	3,2	0,4	13,3
Chemie/Pharmazie	9,4	9,2	11,0	7,3	5,6	3,7
Holz/Papier/Möbel	13,0	5,6	4,9	23,9	8,0	3,9
Textilerzeugnisse	15,6	11,7	1,3	14,6	8,6	0,5
Glas/Keramik	2,1	0,5	0,1	28,0	5,6	0,4
Unedle Metalle	14,2	2,2	20,8	18,6	2,3	11,7
Maschinenbau/ Elektrotechnik/Elektronik	20,5	45,4	1,2	6,3	11,0	0,2
Fahrzeuge	9,3	6,5	1,6	9,7	5,3	5,3
Anteil am Extra-EU-Industrieimport insgesamt				8,3	6,6	3,6

Quellen: EUROSTAT, Internal and External Trade of the EU, 97.07.01, auf CD-Rom; Berechnungen des IWH.

der um etwa 77 vH gegenüber den Währungen der südostasiatischen Krisenländer real aufgewertet. Besonders stark war die reale Aufwertung des rumänischen Leu, relativ am schwächsten die des ungarischen Forint. Allerdings dürfte sich diese Aufwertung zukünftig wieder etwas abschwächen, weil die Wechselkursveränderungen in Südostasien nach ihrem Überschießen teilweise korrigiert werden.<sup>16</sup> Die Auswirkungen der Paritätsveränderung auf die Exportströme werden sich besonders in den Bereichen zeigen, in denen die Güterstruktur des Exportangebots der potentiellen Konkurrenz ähnlich ist. Hier ist Handelsumlenkung am ehesten zu erwarten, insbesondere dann, wenn es sich um homogene Massengüter handelt. Der Vergleich der Exportstrukturen der zehn Assoziierungsländer, der fünf südostasiatischen Länder und Rußlands auf dem westeuropäischen Markt zeigt die potentiell betroffenen Bereiche.

Hier werden allerdings nur hochaggregierte Gütergruppen einander gegenübergestellt. Konkretere Aussagen über die Stärke der Konkurrenzbeziehungen innerhalb dieser Güterbereiche lassen sich durch einen Vergleich von Importeinheitswerten („unit values“) erzielen. Die Analyse wurde auf dem Niveau von SITC-3-Stellern durchgeführt. Dabei wurden jeweils die Importe der EU aus

Mittel- und Osteuropa, den südostasiatischen Krisenländer und aus Rußland betrachtet. Für jede Ländergruppe wurden die Werte dieser Importe der EU zu den in Tonnen gemessenen Mengen in Beziehung gesetzt, um die Einheitswerte für die jeweiligen Gütergruppen zu ermitteln. Die Grundannahme des Ansatzes lautet, daß höhere Einheitswerte auch eine höhere Wertschöpfung bei den Produkten widerspiegeln. Sofern Güter umgekehrt einen ähnlichen Einheitswert aufweisen, wird unterstellt, daß es sich hierbei um qualitativ vergleichbare Güter handelt, und daß demzufolge eine enge Konkurrenzbeziehung existiert.<sup>17</sup> Wird unterstellt, daß Güter zweier Länder, deren Verhältnis der Importeinheitswerte zwischen 0,85 und 1,15 liegt, einer ähnlichen Qualitätsstufe angehören und miteinander im Wettbewerb stehen, ergeben sich für obige Gütergruppen die in Tabelle 4 angegebenen Größenordnungen.

Der Vergleich der Importeinheitswerte erlaubt die Aussage, daß durch die recht starke reale Aufwertung circa 30 vH der Ausfuhren aus Mitteleuropa und dem Baltikum in die Europäische Union

<sup>16</sup> Vgl. INTERNATIONAL MONETARY FUND: World Economic Outlook. Washington D.C. 1998, S. 53 ff.

<sup>17</sup> Überblicke über die hier verwendete Methode finden sich in GREENAWAY, D. HINE, R. C.; ELLIOT, R.: Adjustment and the Measurement of Marginal Intra-Industry Trade. Weltwirtschaftliches Archiv, Band 130. Mohr, Tübingen 1994, S. 418-427 und in ROSATI, D.: Emerging Trade Patterns of Transition Countries: Some Observations from the Analysis of „Unit Values“. MOCT-MOST. Kluwer Academic Publishers. Dordrecht 1998, S. 51-67.

Tabelle 4:

Anteil der Güter aus Mittel- und Osteuropa, die in einem engen Konkurrenzverhältnis zu Gütern aus Südostasien und Rußland stehen, an den Industrieexporten in die EU 1996  
- in vH -

Warengruppen	0,85 < Verhältnis Importeinheitswerte < 1,15
Mineral. Brennstoffe	4,6
Chemie/Pharmazie	1,1
Holz/Papier/Möbel	2,6
Textilerzeugnisse	5,2
Glas/Keramik	0,0
Unedle Metalle	4,4
Maschinenbau/Elektrotechnik/Elektronik	4,7
Fahrzeuge	4,8
Gesamtanteil	27,4

Quellen: EUROSTAT, Internal and External Trade of the EU, 97.07.01, auf CD-Rom; Berechnungen des IWH.

durch die Konkurrenz südostasiatischer, zum Teil auch russischer Anbieter unter Druck geraten könnten. Sollte das – mangels alternativer Absatzmöglichkeiten – zu einer entsprechenden Wachstumsbeeinträchtigung der Industrieproduktion führen, wäre davon auch die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in einer Höhe von maximal 1,9 Prozentpunkten betroffen.<sup>18</sup> Addiert man die Wirkungen aus dem Direkthandel hinzu, ergibt sich eine Verringerung des Wachstumspotentials von etwas mehr als zwei Prozentpunkten, und zwar verteilt auf einige Jahre. Dieser Wert wird für die Länder unterschiedlich ausfallen. Er dürfte für Rumänien und Bulgarien angesichts der starken realen Aufwertung eher über dem Durchschnitt liegen. Für 1999 dürfte der Drittmarkteffekt insgesamt mit einem halben, höchstens mit einem Prozentpunkt zu Buche schlagen.

#### ***Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den mitteleuropäischen und baltischen Reformländern***

Wenn die bisherigen negativen Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Turbulenzen auf die Wirtschaftsentwicklung in den Transformationsländern

noch relativ moderat waren, so auch deswegen, weil in den meisten Ländern die wirtschaftliche Gesamtsituation im Ergebnis beachtlicher Reformfortschritte bereits deutlich an Stabilität gewonnen hat.

Die wirtschaftliche Erholung setzte sich 1998 insgesamt in einem gegenüber dem Vorjahr etwas abgeschwächten Tempo fort (vgl. Tabelle 5). Die entscheidenden Wachstumsimpulse gingen erneut von der inländischen Nachfrage – insbesondere von einem Anstieg des privaten Verbrauchs – in den meisten Ländern aus.

Dabei gab es erhebliche Wachstumsunterschiede zwischen den Ländern. Während die Wachstumsdynamik in allen baltischen Ländern sehr hoch war, läßt sich kein einheitliches Bild für die mitteleuropäischen Länder zeichnen. Hohe Wachstumsraten ließen sich in Polen, der Slowakei sowie in Ungarn beobachten. In Bulgarien konnte dank der Stabilisierungspolitik der Regierung ein Teil der in den Jahren zuvor eingetretenen wirtschaftlichen Verluste ausgeglichen werden. Die Wirtschaft in Slowenien verblieb auf ihrem moderaten Wachstumspfad. In Tschechien sind die Folgen der Währungskrise vom Mai 1997 noch keineswegs überwunden. Nachdem im ersten Halbjahr 1998 die Wirtschaft gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,7 vH geschrumpft war, ist auch für das Gesamtjahr mit einem geringeren Bruttoinlandsprodukt als 1997 zu rechnen. Inkonsequenzen in der Reformpolitik und anhaltende politische Instabilitäten haben in Rumänien dazu geführt, daß die gesamtwirtschaftliche Leistung abermals deutlich schrumpfte.

Das durch die externen Krisen verschärfte Hauptproblem der Reformstaaten bleibt die international weiterhin geringe Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen, die sich in den nach wie vor hohen Defiziten in den Handels- und Leistungsbilanzen niederschlägt. Von ihr gehen auch die größten Risiken für die zukünftige Entwicklung aus. Bis zur Mitte des Jahres 1998 haben sich, wie Tabelle 6 zeigt, die Handelsdefizite – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – nur in Tschechien deutlich verringert, und in Bulgarien wurde sogar ein leichter Überschuß erreicht. In allen anderen Ländern blieben sie entweder auf dem hohen Vorjahresniveau oder vergrößerten sich sogar noch. Da die mitteleuropäischen und baltischen Länder bei Dienstleistungen zumeist Überschüsse erzielten,

<sup>18</sup> Dieser Wert beruht auf einem durchschnittlichen Anteil der Bruttowertschöpfung am industriellen Output von 40 vH.

Tabelle 5:

**Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in Mittel- und Osteuropa**  
 - Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr -

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise <sup>a</sup>			
		1996	1997	1998 <sup>b</sup>	1999 <sup>b</sup>	1996	1997	1998 <sup>b</sup>	1999 <sup>b</sup>
<i>Mitteuropa(7)<sup>c</sup></i>	36,7	4,1	3,4	3,0	2,6	22,3	63,5	15,5	10,2
Polen	13,6	6,1	6,9	5,5	4,5	19,9	14,9	12,0	8
Tschechien	5,2	3,9	1,0	-1,0	0,5	8,8	8,5	11,0	8
Ungarn	4,5	1,3	4,4	4,5	4	23,6	18,3	14,0	11
Rumänien	3,5	3,9	-6,6	-4,5	-3	38,8	154,7	45,0	25
Slowakei	1,9	6,6	6,5	5,5	2	5,8	6,1	6,5	8
Slowenien	1,8	3,1	3,8	3,5	3	9,9	9,2	9,0	8
Bulgarien	1,2	-10,1	-6,9	4,0	2	123,3	1.083,0	21,0	5
<i>Baltische Staaten(3)<sup>c</sup></i>	2,2	4,1	7,3	6,2	4,4	22,2	9,3	6,7	5,5
Litauen	1,1	4,7	5,7	5,5	4	24,6	8,9	5,0	4
Lettland	0,6	3,3	6,5	6,0	4,5	17,6	8,4	6,0	5
Estland	0,5	4,0	11,4	8,0	5	23,1	11,2	11,0	9
<i>GUS-Länder<sup>c</sup></i>	61,1	-5,1	0,3	-4,3	-3,4	50,7	16,0	55,4	65,6
Rußland	53,7	-4,9	0,4	-5,0	-4	47,6	14,6	50,0	70
Ukraine	5,8	-10,0	-3,2	-1,0	0	80,6	15,9	15,0	25
Weißrußland	1,6	2,6	10,0	8,0	3	52,7	63,8	45,0	65
MOE insgesamt <sup>c</sup>	100,0	-1,4	1,6	-1,4	-1,0	39,2	33,2	39,7	44,0
<i>Nachrichtlich: exportgewichtet<sup>d</sup></i>		2,1	3,1	1,5	1,3				

<sup>a</sup> Jahresdurchschnitt. – <sup>b</sup> Prognose des IWH. – <sup>c</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen. – <sup>d</sup> Gewichtet mit dem Anteil an den deutschen Ausfuhren in diese Länder.

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des IWH; 1998 und 1999: Prognose des IWH. Angaben gerundet.

Tabelle 6:

**Salden in den Handels- und Leistungsbilanzen ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder**

	Saldo der Handelsbilanz <sup>a</sup>						Saldo der Leistungsbilanz					
	in Mio. US-Dollar <sup>b</sup>			in vH des BIP			in Mio. US-Dollar <sup>b</sup>			in vH des BIP		
	1996	1997	1.Hj. 1998	1996	1997	1.Hj. 1998	1996	1997	1.Hj. 1998	1996	1997	1.Hj. 1998
Polen	-12.697	-16.556	-9.045	-9,4	-12,2	-12,6	-1.352	-4.268	-2.632	-1,0	-3,2	-3,7
Tschechien	-5.809	-4.439	-947	-10,3	-8,5	-3,7	-4.292	-3.156	-480	-7,6	-6,1	-1,8
Ungarn	-3.057	-2.039	-1.309	-6,8	-4,6	-5,6	-1.678	-981	-947	-3,7	-2,2	-4,1
Rumänien	-3.351	-2.846	-1.336	-9,5	-8,2	-8,1	-2.571	-2.486	-1.075	-7,3	-7,1	-6,5
Slowakei	-2.290	-1.385	-1.100	-12,2	-7,1	-10,6	-2.098	-1.347	-1.095	-11,2	-6,9	-10,6
Slowenien	-1.111	-986	-621	-6,2	-5,4	-6,5	39	70	-103	0,2	0,4	-1,1
Bulgarien	-184	28	189	-1,9	0,3	3,3	16	446	28	0,2	4,4	0,5
Litauen	-1.204	-1.784	-1.024	-15,3	-18,6	-20,3	-723	-981	-676	-9,2	-10,2	-13,4
Lettland	-877	-1.052	-601	-17,1	-19,2	-20,5	-279	-441	-221	-5,3	-8,0	-7,2
Estland	-1.153	-1.507	-818	-26,5	-32,1	-32,3	-423	-608	-214	-9,7	-13,0	-8,5

<sup>a</sup> Entsprechend der Zollstatistik. – <sup>b</sup> Berechnet zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen.

Quellen: Nationale statistische Ämter; Nationalbanken; UN-ECE; Berechnungen des IWH.

waren die Minusbeträge in den Leistungsbilanzen zwar geringer als diejenigen beim Außenhandel. Dennoch erreichten sie in einigen Ländern (Rumänien, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen) solche Dimensionen, daß sie Zweifel an ihrer Finanzier-

barkeit entstehen lassen könnten. Währungsturbulenzen mit entsprechenden Gefahren für Wachstum und Stabilität in den kommenden Jahren wären insbesondere dann nicht auszuschließen, wenn die Krisen in Rußland und Südostasien andauern.

## *Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen*

Die Volatilitäten des internationalen Kapitalverkehrs mit ihren Risiken setzen auch für die Wirtschaftspolitik der Transformationsländer einen Handlungsbedarf, vor allem hinsichtlich der zielstrebigen Weiterführung stabilitätsorientierter und struktureller Reformen. Neben Fehlentwicklungen bei den Fundamentaldaten vergrößern Schwächen im Bankensystem die Gefahr für den Ausbruch einer Leistungsbilanzkrise.<sup>19</sup> Deswegen gehört die Sanierung des Bankensystems, das in fast allen Reformländern krisenanfällig ist oder bereits schwere Krisen durchlaufen hat, zu den dringlichsten Aufgaben. Konkrete Schritte bestehen neben der zielstrebigen weiteren Privatisierung der staatlichen Banken, der Lösung des Problems der notleidenden Kredite, verbunden mit der Möglichkeit, Kreditinstitute gegebenenfalls auch in Konkurs gehen zu lassen, in der Verbesserung der Banken- und Börsenaufsicht sowie in der Durchsetzung von Markttransparenz, Unabhängigkeit und Risikohaftung der Banken.

Der Umfang der Drittmarkteffekte, Zinsreaktionen und auch der schleichende Verlust an Wettbewerbsfähigkeit erfordern nachdrücklich, daß die Reformländer eine sich den veränderten Umständen anpassende, flexiblere Wechselkurspolitik verfolgen. Konkret kann dies durch ein Managed Floating, wie es Tschechien seit seiner Leistungsbilanzkrise 1997 eingeführt hat, oder – wie in Polen – durch die Erweiterung der Bandbreiten zu der offiziellen Parität geschehen. Bulgarien, Estland und Litauen, die momentan ein Currency Board<sup>20</sup> eingerichtet haben, stehen vor der Notwendigkeit, den richtigen Zeitpunkt für ein flexibleres Arrangement zu finden. Nur auf diese Weise kann die Gefahr wachsender außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte, die ein Krisenpotential in den Augen der Märkte darstellen, verringert werden.

---

<sup>19</sup> Zum Einfluß von Banken Krisen auf Leistungsbilanz Krisen vgl. GOLDSTEIN, M.: *Commentary: The Causes and Propagation of Financial Instability: Lessons for Policymakers*. Kansas City, 1997, S. 107 ff.

<sup>20</sup> Ein Currency Board stellt die extremste Form der Wechselkursanbindung dar. Das betreffende Land verzichtet vollständig auf seine geldpolitische Autonomie, indem es sich verpflichtet, den gesamten Geldumlauf durch Devisenbestände zu decken. Vgl.: MEISSNER, T.: *Bulgariens erste Erfahrungen mit einem Currency Board*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 8/1998, S. 9-14.

## *Aussichten für 1999*

Die Wachstumsaussichten der mitteleuropäischen und baltischen Länder für 1999 werden durch die weiter verschlechterten außenwirtschaftlichen Bedingungen belastet. Eine nochmalige Wachstumsabflachung erscheint unvermeidlich. Vergleichsweise robust ist das Wachstum in Ungarn, wo – nicht zuletzt wegen des starken Engagements ausländischer Investoren – die Restrukturierung der Produktion am weitesten vorangekommen ist. Das Wachstum in Polen wird ebenso wie in den baltischen Ländern hoch bleiben, sich allerdings deutlich verlangsamen, weil der notwendige Abbau der hohen Handelsdefizite die Inlandsnachfrage drücken wird. In der Slowakei wird der erwartete Kurswechsel der neuen Regierung voraussichtlich die bislang hohen staatlichen Investitionen verringern, zumal das Leistungsbilanzdefizit auszufern droht. In Tschechien wird die Wirtschaft trotz der Erfolge bei der Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ihre strukturelle Wachstumsschwäche nur allmählich überwinden. Aussichten für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung in Bulgarien sind durchaus gegeben. Wegen der noch starken Handelsverflechtung mit Rußland und der besonders starken realen Aufwertung des Lev gegenüber den asiatischen Währungen wird die Wachstumsrate jedoch, verglichen mit 1998, halbiert werden. Weiterhin pessimistisch ist die Entwicklung in Rumänien zu beurteilen: Die reale Aufwertung fiel enorm aus, und bislang sind überzeugende Anpassungsmaßnahmen der Regierung nicht zu erkennen. Auch in den baltischen Ländern wird es voraussichtlich zu einer erheblichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums kommen. Anzeichen dafür hat es bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 gegeben.

Diese Entwicklung wird auch den deutschen Export nach Mittel- und Osteuropa beeinträchtigen. Die Dynamik der Ausfuhren dürfte 1999 kaum noch so hoch sein wie in den letzten zwei Jahren. Dennoch ist eine weitere Zunahme zu erwarten, weil die Reformländer mit der höchsten wirtschaftlichen Stabilität auch die wichtigsten Absatzmärkte für deutsche Exportgüter in Mittel- und Osteuropa sind.

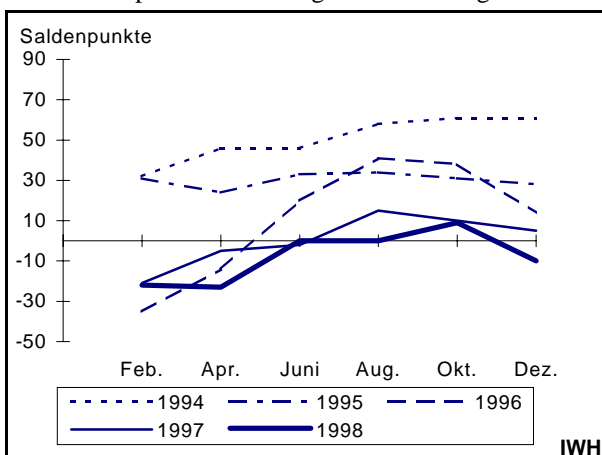
*Axel Brüggemann*  
(*bgn@iwh.uni-halle.de*)  
*Klaus Werner*



## Abwärtstrend im ostdeutschen Baugewerbe – aber 1999 schwächer

Nach den Ergebnissen der IWH-Umfrage hat sich die Geschäftslage im Dezember 1998 sowohl gegenüber der vorangegangenen Befragung im Oktober als auch gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich verschlechtert. Erstmals seit Beginn der Befragung 1993 fällt der Indikator bereits im Dezember in den negativen Skalenbereich ab, der durch ein Übergewicht der Pessimisten gegenüber den Optimisten gekennzeichnet ist: Die Mehrzahl, das entspricht 55 vH der Unternehmen, sieht das aktuelle Baugeschäft in düsterem Licht. Nur 12 vH der befragten Unternehmen schätzen ihre aktuelle Geschäftslage mit „gut“ ein (vgl. Tabelle 2).

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

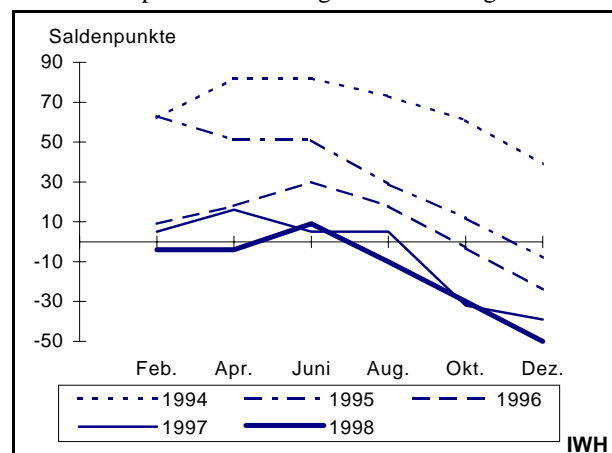


Quelle: IWH-Baumfragen.

Der Stimmungsabfall bringt zum einen die stärkeren witterungsbedingten Behinderungen im Dezember 1998 gegenüber dem Vorjahresmonat zum Ausdruck, was sich insbesondere in der pessimistischeren Lagebeurteilung der Tiefbauunternehmen widerspiegelt. Den entscheidenden Einfluß übt aber zum anderen die Eintrübung der Geschäftslage im Ausbaugewerbe aus. Obwohl die Sonderabschreibungen für modernisierte und sanierte Wohnungen nach dem Fördergebietsgesetz noch bis zum Jahresende von Investoren in Anspruch genommen werden können, verspüren die Ausbaunehmen bereits seit Oktober Auftragsrückgänge. Investorengruppen, bei denen die Steuerersparnis im Vordergrund steht, scheinen entsprechende Sanierungs-

objekte bereits früher in die Wege geleitet haben. Andere Auftraggeber, wie zum Beispiel Wohnungsbau-Gesellschaften oder selbstnutzende Wohneigentümer, die eher von der künftig bei Modernisierungsmaßnahmen nutzbaren Investitionszulage profitieren, werden wohl erst im Verlaufe der folgenden Monate aktiv. Dies dürfte auch auf Investoren zutreffen, die Mietwohnungen in ausgewiesenen innerörtlichen Sanierungsgebieten planen. Darüber hinaus könnte die Einführung eines von der Förderung ausgeschlossenen „Bagatellbetrages“ von 5.000 DM pro Jahr die Bauherren dazu anregen, Baumaßnahmen so weit als möglich zu bündeln.

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

Angesichts dieser Konstellation bewerten die Bauunternehmen auch ihre Geschäftsaussichten für die nächsten Monate schlechter als im Vorjahr. Drei Viertel der Befragten sehen das Baugeschäft bis zum Frühjahr in überwiegend ungünstigem Licht. Hier werden kaum noch Unterschiede zwischen den Sparten erkennbar. So wird der Nachfragerückgang 1999 anhalten und auch das Ausbaugewerbe erfassen. Allerdings gibt es Bausegmente, wie den Eigenheimbau, die Erneuerung der Infrastruktur und nach einer Anpassungsphase auch wieder die Modernisierung und Sanierung von Wohnungen im Bestand, die der allgemeinen Abwärtstendenz auf dem Bauparkt entgegenwirken. Dafür sprechen auch die ersten Umsatzer-

Tabelle 1:

Umsatzentwicklung 1998 und Umsatzerwartungen 1999 im ostdeutschen Baugewerbe  
- in vH der Unternehmen -

	Zunahme			Gleich- stand	Abnahme			Saldo aus Zu- und Abnahme
	über 10 vH	5 bis 10 vH	bis 5 vH		bis 5 vH	5 bis 10 vH	über 10 vH	
1998 zu 1997:								
Bauhauptgewerbe	14	11	9	16	6	9	36	- 17
darunter: Hochbau	12	10	5	18	8	8	38	- 27
Tiefbau	11	12	15	15	5	8	35	- 10
Ausbaugewerbe	12	8	8	22	5	12	33	- 22
Baugewerbe insgesamt	13	10	9	18	6	10	35	- 19
Voraussichtlich 1999 zu 1998:								
Bauhauptgewerbe	16	8	11	23	11	8	22	- 6
darunter: Hochbau	17	8	13	21	12	8	22	- 4
Tiefbau	10	9	10	28	14	10	19	- 14
Ausbaugewerbe	13	11	12	30	3	11	21	1
Baugewerbe insgesamt	15	9	11	25	9	9	22	- 5

Fälle: 1998 zu 1997: n = 302; 1999 zu 1998: n = 256.

Quelle: IWH-Bauumfrage vom Dezember 1998.

wartungen der Bauunternehmen. Danach dürfte sich der Umsatzeinbruch von zehn Prozent im zurückliegenden Jahr auf wenige Prozente 1999 reduzieren. Der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe mit einem erwarteten Umsatzplus wird demzufolge etwa auf dem Vorjahresniveau verharren. Aber mehr Unternehmen als im Vorjahr rechnen damit, die Umsätze auf dem Niveau von 1998 wieder zu erreichen, und 10 vH weniger Unternehmen als 1998 gehen von niedrigeren Umsätzen aus. Das Übergewicht der Unternehmen mit Umsatzminus gegenüber denen mit Umsatzplus ist deshalb 1999 weniger stark ausgeprägt als im Jahr davor (vgl. Tabelle 1). Etwas pessimistischer als 1998 fallen allerdings die Erwartungen der Tiefbauunternehmen aus. Maßgeblich dafür dürfte sein, daß eine Fortsetzung der Ordertätigkeit sowohl im gewerblichen als auch im öffentlichen Straßen- und Tiefbau auf dem derzeitigen Niveau als wenig wahrscheinlich angesehen wird. Im Ausbaugewerbe verbessert sich die Umsatzsituation im Vorjahresvergleich. Hier könnte sich nach einer erneuten Stabilisierung der Sanierungsaufträge wieder ein „Gleichgewicht“ zwischen den Unternehmen mit Umsatzzuwachs und Umsatzrückgang einstellen.

Die Situation auf dem Bauarbeitsmarkt bleibt äußerst angespannt. Die Beschäftigung ist im vergangenen Jahr infolge des starken Nachfrageeinbruchs um etwa 13 vH im Bauhauptgewerbe und um 9 vH im Ausbaugewerbe zurückgegangen. Laut Umfrage setzt sich der Personalabbau angesichts des noch bestehenden Produktivitätsrückstandes im laufenden Jahr weiter fort: Bezogen auf den durchschnittlichen Beschäftigungsstand im Jahr 1998 planen die Unternehmen des Bauhauptgewerbes für 1999 eine Personalreduzierung von reichlich 10 vH. Im Ausbaugewerbe könnte der Personalabbau von 2,5 vH wegen der neuen Förderbedingungen im Bereich der Modernisierung und Sanierung von Miet- und Eigentumswohnungen etwas schwächer als im Vorjahr ausfallen. Gegenüber dem letzten Beschäftigungsstand vom Dezember 1998 verringert sich der Personalrückgang im Bauhauptgewerbe allerdings auf 5 vH und im Ausbaugewerbe auf 2 vH, da ein großer Teil des Personals bereits im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1998 abgebaut wurde.

Brigitte Loose  
(blo@iwh.uni-halle.de)

Tabelle 2:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe - Dezember 1998  
- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Dez 97	Okt 98	Dez 98	Dez 97	Okt 98	Dez 98	Dez 97	Okt 98	Dez 98	Dez 97	Okt 98	Dez 98	Dez 97	Okt 98	Dez 98
	- in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -														
<b>Geschäftslage</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>12</b>	<b>38</b>	<b>39</b>	<b>33</b>	<b>41</b>	<b>42</b>	<b>46</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>9</b>	<b>5</b>	<b>9</b>	<b>- 10</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe darunter <sup>b</sup>	12	14	13	36	40	29	44	43	49	7	3	9	- 3	8	- 16
Hochbau	14	15	13	31	42	30	46	42	50	9	1	7	- 10	14	- 14
Tiefbau	8	5	7	39	37	28	48	52	54	4	6	11	- 5	- 16	- 30
Ausbaugewerbe	23	21	11	44	35	42	29	40	38	4	4	8	33	12	7
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	23	26	19	40	34	32	32	35	32	4	4	17	28	21	3
20 bis 249 Beschäftigte	16	17	13	40	38	31	39	42	47	6	4	9	10	9	- 12
250 und mehr Beschäftigte	5	0	5	29	47	45	57	53	50	10	0	0	- 33	- 6	0
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	8	9	5	34	42	34	48	46	53	9	4	8	- 15	1	- 22
Neugründungen	19	20	20	39	45	32	42	35	42	0	0	6	16	30	4
Bauhandwerk	23	23	17	43	32	33	30	42	38	3	4	12	34	9	0
<b>Geschäftsaussichten</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>4</b>	<b>8</b>	<b>5</b>	<b>27</b>	<b>27</b>	<b>20</b>	<b>56</b>	<b>52</b>	<b>58</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>17</b>	<b>- 38</b>	<b>- 30</b>	<b>- 50</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe darunter <sup>b</sup>	4	6	5	23	31	19	58	52	60	15	11	15	- 46	- 26	- 51
Hochbau	3	5	6	24	34	22	59	53	59	15	8	12	- 47	- 22	- 43
Tiefbau	3	6	3	18	22	15	63	55	60	16	17	23	- 58	- 45	- 65
Ausbaugewerbe	3	14	4	40	16	22	50	54	52	7	16	21	- 13	- 40	- 48
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	7	12	6	41	29	28	35	46	50	17	13	17	- 4	- 18	- 33
20 bis 249 Beschäftigte	4	9	5	26	25	18	57	54	60	14	12	17	- 41	- 32	- 55
250 und mehr Beschäftigte	0	0	5	29	35	20	62	53	60	10	12	15	- 43	- 29	- 50
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	2	5	2	19	27	20	66	57	59	13	11	19	- 58	- 38	- 56
Neugründungen	6	12	14	31	41	18	53	36	55	10	12	14	- 27	5	- 37
Bauhandwerk	6	11	3	39	21	21	39	54	58	16	15	17	- 10	- 37	- 51

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Oktober 1998 vorläufig. - <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Bauumfragen.

## Impressum

Herausgeber:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle  
Präsident: Professor Dr. Rüdiger Pohl

Delitzscher Straße 118, 06116 Halle (Saale)  
Postfach: 16 02 07, 06038 Halle (Saale)  
Telefon: (0345) 77 53 701  
Telefax: (0345) 77 53 820  
Internet: <http://www.iwh.uni-halle.de>

Redaktion: Dr. Manfred Packeiser  
([mpk@iwh.uni-halle.de](mailto:mpk@iwh.uni-halle.de))

Layout: Ingrid Dede  
Telefon: (0345) 77 53 720/721  
Telefax: (0345) 77 53 718

Erscheinungsweise: 16 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 5,00 DM  
Jahresbezug 60,00 DM  
(zuzüglich Versandkosten)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck: Druckhaus Schütze GmbH  
Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)  
Tel./Fax: (0345) 56 666-0

Wirtschaft im Wandel, 5. Jahrgang  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 14. Januar 1999

ISSN 0947-3211

## **Wirtschaft im Wandel**

**16/1998**

Hohe Verfestigung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland

Europäische Geldpolitik:  
Auf Stabilitätskurs

Zur Situation der kommunalen  
Infrastrukturinvestitionen  
in Ostdeutschland

IWH-Industrienumfrage im  
November 1998: Eintrübung des  
Geschäftsklimas im ostdeutschen  
Verarbeitenden Gewerbe

## **Forschungsreihe**

**8/1998**

Die wirtschaftliche Lage  
der Republik Belarus

– Dreizehnter Bericht –  
40 Seiten, November 1998,  
Preis: 18,00 DM  
ISBN 3-930963-42-6

**9/1998**

Die Zukunft des  
Generationenvertrages

– Aktuelle Reformvorhaben und  
mögliche Entlastungspotentiale  
40 Seiten, Dezember 1998,  
Preis: 18,00 DM  
ISBN 3-930963-45-0

**10/1998**

Die wirtschaftliche Lage  
Rußlands

– Dreizehnter Bericht –  
106 Seiten, Dezember 1998,  
Preis: 25,00 DM  
ISBN 3-930963-46-9

## **Sonderheft**

**2/1998**

Transfers, Exportleistung und  
Produktivität –

Wirtschaftliche Strukturdaten für  
die neuen Länder

64 Seiten, Dezember 1998,  
Preis: 20,00 DM  
ISBN 3-930963-43-4

**Gesamtübersicht  
der IWH-Publikationen unter**

**<http://www.iwh.uni-halle.de>**